

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 12. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Gewerkschaftskartelle und Streikversicherung in England.

London, den 6. Oktober.

Wenn die spezifischen Aufgaben der Gewerkschaften, d. h. die-
 jenigen Aufgaben, die ihnen aus ihrer Eigenschaft als gewerbliche
 Schutzbünde der Arbeiter unmittelbar erwachsen, in allen Ländern
 moderner Entwicklung prinzipiell die gleichen sind, so sind die Pro-
 bleme der Bewegung in den einzelnen Ländern doch noch immer
 recht von einander verschieden. Die Unterschiede in der Natur und
 Geschichte der Beschäftigung und Verwaltungsbedingungen dieser
 Länder ebenso wie die Unterschiede in der Natur und Geschichte
 ihrer Gewerkschaftsbewegung haben es mit sich gebracht, daß
 bestimmte Fragen der Bewegung in dem einen Lande in einem anderen
 schneller entschieden wurden, als in dem anderen, und bewirken noch
 heute, daß sich gewisse Fragen in dem einen Lande in einem anderen
 Sichte präsentieren als anderwärts.

Wenn z. B. jüngst auf dem Kongresse des sogenannten Marxis-
 schen Flügels der französischen Gewerkschaften eigentliche Gewerkschafts-
 schäftsfragen fast gar nicht verhandelt wurden, wohl aber alle mög-
 lichen Gelegenheitsvorschläge, darunter die Forderung von Zwangsgewerks-
 schaften, so ist das nicht nur, wie einige Berichterstatter mit Recht
 hervorhoben, eine Folge der noch geringen Ausdehnung und Kraft
 der französischen Gewerkschaftsbewegung, sondern überhaupt ihrer
 geschichtlichen Entwicklung. An ihrer Wiege stand die politische
 Partei, die Mehrheit der französischen Gewerkschaften sind
 Kinder der politischen Bewegung. Zu einer Zeit entstanden
 wo die demokratischen Rechte in bezug auf Gemeinde-, Bezirks- und
 Nationalvertretung schon erkämpft waren, sind sie von Hause aus
 daran gewöhnt worden, Förderung und Begünstigung ihrer Klienten
 von Staat und Gemeinde zu verlangen und gelegentlich auch zu er-
 langen, mehr, ihnen Vortheile zu verschaffen, als zu leisten.
 Darin aber haben sie ständige Konkurrenten in den Berufspolitikern
 und den politischen Vereinen, und so üben sie als Berufsvereine nur
 geringe, und vor allem wenig dauernde Anziehungskraft auf die
 Arbeiter aus. Die Reaktion gegen diese Vernachlässigung der
 eigentlich gewerkschaftlichen zu Gunsten der politischen Thätigkeit sind
 die mit dem Kultus des „Generalstreiks“ ins andere Extrem ver-
 fallenden sog. allemantischen Syndikate.

Die ganz andere Natur der englischen Gewerkschaftsbewegung
 kennzeichnet sich am besten dadurch, daß während auf dem erwähnten
 französischen Kongresse kurzweg verlangt wurde, daß Staat und Ge-
 meinden bei Verdingung von Arbeiten die Zahlung solcher Mindest-
 löhne vorschreiben sollen wie sie die Gewerkschaften der betreffenden
 Distrikte bestimmen, die englischen Gewerkschaftler die Vorschritt der
 Zahlung „gerechter Löhne“ so auffassen, daß Zahlung von den
 Gewerkschaften mindestens bei einem Theil der Unternehmer schon
 erkämpften Lohnsätze ausgedehnt wird. Staat und Gemeinde sollen
 die Gewerkschaftstätigkeit ergänzen, nicht ersetzen. Nur für die
 der untersten Sprosse der Leiter stehenden „ungelehrten“ Arbeiter
 wird behördliche Festsetzung bestimmter Minimallohne verlangt.

In dieser Auffassung spiegelt sich ein gutes Stück der Geschichte
 der englischen Gewerkschaftsbewegung wieder. Sie ist auf-
 gewachsen und erblüht nach dem Fehlschlage einer großen
 politischen radikalen Arbeiterbewegung — sie hat zugezogen in ihrer
 Jugend jene zu Grabe tragen sehen, und sie ist eine Macht
 geworden, ehe noch die Arbeiter in Staats- und Gemeinde-Angelegen-
 heiten politisch mitzubestimmen hatten.

Um so merkwürdiger, und doch wieder erklärlich ist es, daß die
 englischen Gewerkschaften wohl für politische Zwecke eine Zentral-
 behörde haben, nicht aber für gewerkschaftliche Aufgaben. Das
 parlamentarische Gewerkschaftskomitee ist, wie schon sein Titel sagt,
 in erster Reihe dazu da, die Interessen und Forderungen der
 Gewerkschaften dem Parlament gegenüber wahrzunehmen, und daneben
 werden ihm von den Gewerkschaftskongressen gelegentlich
 bestimmte Geschäfte übertragen oder wird seine Hilfe in Ausnahmefäl-
 len für die Veranstaltung von Geldsammlungen und dergleichen
 in Anspruch genommen. Aber weder verfügt es (von den Kosten
 für seine Geschäftsführung abgesehen) über eigene Fonds, noch kann
 es aus eigener Vollmacht Steuern aus schreiben. Unter diesen Um-
 ständen kommt seine Hilfe denn auch gewöhnlich zu spät.

Die Bestrebungen, in dieser Hinsicht Abhilfe zu schaffen, sind
 den Lesern des „Vorwärts“ bekannt. Seit Jahren wird auf die
 Schaffung eines großen allgemeinen Gewerkschafts-Verbandes oder
 Kartells hingearbeitet, das die Aufgaben einer Streik-Versicherungs-
 anstalt, einer Zentral-Widerstandsstelle erfüllen soll. Es wurde feiner-
 zeit an dieser Stelle von der im Frühjahr in Manchester abgehaltenen
 Konferenz berichtet, die sich im Prinzip für das von einigen Rebal-
 teuren des sozialistischen Wochenblattes „Clarion“ ausgearbeitete
 Versicherungsprojekt aussprach — ein Plan, nach dem für jedes Mit-
 glied der beteiligten Gewerkschaften jährlich bis zu 20 Schillinge
 (8 Pence pro Woche) an die Zentralkasse abgeführt werden sollte und
 diese somit bei der vorausgesehenen starken Vervielfachung sehr bald in Besitz
 eines mächtigen Fonds gelangen müßte. Inzwischen hat sich heraus-
 gestellt, daß die meisten Gewerkschaftsmitglieder und Sekretäre, die
 jene Konferenz besuchten, dort nur ihre eigene Meinung, aber nicht
 die ihrer Organisation vertraten. Auf dem soeben in Bristol ab-
 gehaltenen allgemeinen Gewerkschaftskongresse zeigte sich für das
 „Clarion“-Projekt im ganzen wenig Sympathie. Ebenso wenig
 mochte sich der Kongress jedoch für eins der andern ihm unterbreiteten
 Projekte entscheiden, und so hat er sich damit aus der Klernnte ge-
 halten, daß er die Veranstaltung eines außerordentlichen Gewerkschafts-
 kongresses beschloß, der sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen
 und in der einen oder anderen Weise Beschluß fassen soll. Dieser
 Kongress wird im kommenden Januar stattfinden.

Welches Resultat er voraussichtlich haben wird, läßt sich schwer
 sagen. Es ist möglich, daß es auf ihm zu keiner Mehrheit für
 irgend einen bestimmten Vorschlag kommt, und es ist ferner möglich,
 daß irgend ein Vorschlag zwar die Mehrheit erhält, aber — von den
 Gewerkschaften nicht ratifiziert wird. Die Erfahrung hat oft
 genug gezeigt, daß, was auf dem Papier am leichtesten scheint, in
 der Praxis den größten Schwierigkeiten begegnet.

In der Probe-Nummer des „Trade-Unionist“, eines den Gewerkschafts-
 Interesses bestimmenden neuen Wochenblattes, führt Alexander
 Willie, der Sekretär der englischen Schiffszimmerer-Gewerkschaft,
 einige sehr interessante Zahlen zur Beurtheilung des Rückversicherungs-
 Problems vor. Willie war Vorsitzender einer Kommission, die im
 Auftrage des vorjährigen Gewerkschaftskongresses einen Versicherungs-

bezw. Kartellierungsplan ausgearbeitet hatte. Danach sollten für jedes
 Mitglied der dem Kartellverband beigetretenen Gewerkschaft dem
 Verband jährlich rund 2 Schillinge zugesandt werden, wofür dem-
 selben im Streikfalle vom Verband 5 Schillinge pro Woche gezahlt
 werden sollten, als Ergänzung der ihm von seiner
 Gewerkschaft direkt zukommenden Streikunterstützung. Das war
 als auf der einen Seite zu zahlend und auf der anderen
 auch finanziell undurchführbar hingestellt worden, der
 Vertrag sei für die versprochene Leistung viel zu niedrig. In An-
 wort hierauf zeigt nun Willie an der Hand von 18 der belamtesten
 englischen Gewerkschaften — und das ist in der That bemerkens-
 werth — daß in den letzten 15 Jahren bei zwei Drittel von ihnen
 auf jede 5 Schillinge, die sie in Streitfällen wöchentlich an ihre Mit-
 glieder gezahlt haben, durchschnittlich ein Jahresbeitrag pro Mitglied
 von noch unter 1 Schilling entfällt (in seiner eigenen Gewerkschaft
 war der Betrag nur 3/4 Pence), während nur bei einer Gewerkschaft
 — einer Tagelöhner-Union — die Steuer proportionell
 2 Schilling überstieg. Aber diese Gewerkschaft ist jung, und die
 Streikunterstützung sei praktisch Arbeitslosen-Unterstützung.

Inzwischen ist bei jedem Kartellverband die finanzielle Solidität
 abhängig von der Verwaltungstechnik. Treffend führt Willie aus, daß
 die Hauptschwierigkeit darin liege, die Selbstbestimmung der einzelnen
 Glieder mit den Volksmassen in Einklang zu bringen, die dem Zentral-
 verband zuziehen müssen, wenn er irgendwie leistungsfähig sein soll.
 Sollte die Zentralkasse den einzelnen Organisationen das sein, was
 diese ihren Mitgliedern sind, so müßten sie ihr auch ähnliche Rechte
 einräumen, wie sie sie gegenüber jenen beanspruchen. Aber gewöhn-
 lich seien die Organisationen sehr schnell dabei, aus einem Verband
 auszuscheiden, sobald derselbe ihrem Willen nicht Folge leiste. Es
 empfehle sich daher, auf der Linie des geringsten Widerstandes vor-
 zugehen. Vorerst müsse das Institut mehr als Vermittler zwischen
 den verschiedenen Organisationen auftreten und seine finanziellen
 Verpflichtungen müßten mindestens in der ersten Zeit, bis es größere
 Erfahrungen gesammelt, beschränkt bleiben.

So der Führer einer der solidesten englischen Gewerkschaften.
 Zu ziemlich geringem Resultat ist eine Kommission gekommen, die
 der Londoner Gewerkschaftsrath mit der Erörterung der Föderations-
 frage betraut hatte, und die vor einigen Tagen ihren Bericht publizirt
 hat. Sie verwirft alle bis jetzt vorgeschlagenen Pläne als viel zu
 komplizirt; alle laufen sie nach ihr „auf den Ruin hinaus, weil sie
 vollkommen zu sein wünschen“. Hauptbedingung eines lebensfähigen
 Planes sei: 1. er müsse auf den ersten Blick dem Gewerkschaftler
 verständlich sein und 2. müsse er darauf gerichtet sein, die Voll-
 kommenheit im Wochensystem zu erlangen. Gleich mit der Bildung
 einer Kriegerklasse zu beginnen, sei verfehlt, erst solle man die Or-
 ganisation schaffen: einen Föderationsrath, der von den nach Industrie-
 gruppen Gewerkschaften zu wählen wäre und das Recht erhalte,
 gegebenenfalls Extrasteuern für Unterstützungszwecke auszusprechen.
 Im allgemeinen aber solle er vorläufig als Schlichter für Zwiste
 zwischen den Gewerkschaften und Berufs- und als Agitationsmitteil-
 ungsgrem, wofür ihm die Föderierten Organisationen pro Mitglied
 einen Karthing (2 1/2 Pfenninge) pro Woche zu zahlen hätten. Die
 Kommission schlägt vor, in London einen Versuch mit einer solchen
 Organisation zu machen.

Der deutsche Leser wird in letzterem Vorschlag leicht einen alten
 Bekannten wieder erkennen und sich wundern, daß so etwas in der
 Heimath des Gewerkschaftswesens neu sein soll. Aber der Plan
 lokaler Gewerkschaftskartelle ist hier so wenig neu, wie anderwärts.
 Er hat nur das belamte Schicksal erlebt, von Zeit zu Zeit aufzu-
 tauchen, verfaßt zu werden, nach Verlauf etlicher Jahre wieder auf-
 gegeben und dann vergessen zu werden, bis sich eines Tages wieder
 Stimmung für ihn einstellt. Auf dem kürzlich abgehaltenen Jahres-
 kongress des nun seit acht Jahren bestehenden großen Maschinen-
 und Schiffbau-Industrie-Verbandes, der den Gedanken der Gewerkschafts-
 föderation wenigstens für die Industrie, nach der er sich
 nennt, in hohem Grade verwirklicht hat, ward natürlich auch der
 Plan der allgemeinen nationalen Föderation erörtert. Da ward
 von einer ganzen Reihe lokaler Gewerkschaftskartelle erzählt und
 festgestellt, daß nicht eines sich als dauernder Erfolg erwiesen habe.
 Alle seien an der Unmöglichkeit gescheitert, die gegenwärtige finanzielle
 Haftbarkeit mit der Selbstbestimmung zu vereinigen. Der Kongress
 nahm demgemäß einen Antrag an, der sich für die Föderation v e r -
 w a n d t e r G e w e r k e ausspricht, bei der aber jede Organisation
 ihre finanziellen Verpflichtungen selbst zu besorgen habe. Mos
 solle daneben für außergewöhnliche Zwecke ein Zentralfonds
 gebildet werden, zu dem jeder Verein einen seiner
 Mitgliederzahl proportionellen Beitrag zahle — etwa einen
 Schilling im Jahr, was für diesen Verband allein jährlich 20000
 Pfund Sterling bedeuten würde.

Nach alledem ist es nicht wahrscheinlich, daß die Januar-Konferenz
 einem auf den ersten Blick großartig erscheinenden Plan zustimmen
 wird. Aber bei der Stärke, welche die englische Gewerkschafts-
 bewegung erlangt hat, würde selbst eine mächtige Zusammenschauung
 der Kräfte schon ein Schritt von großer Bedeutung sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Oktober.

Eine Reichstags-Debatte über die Kaiserreisen will
 die freisinnige Volkspartei veranlassen, dies scheint wenigstens
 der Zweck des sonst aussichtslosen Antrages zu sein, den die
 Partei Eugen Richter's zur Vervollständigung der Reichs-
 verfassung plant, wonach bei längeren Reisen des deutschen
 Kaisers nach dem Auslande die Einsetzung einer Regentenschaft
 vorgesehen und durchgeführt werden soll.

Die Beschäftigungs- und Hofräthe werden mobil ge-
 macht. Heute bringen die „Berliner politischen Nachrichten“
 folgendes Entreeflet:

„Die sozialdemokratischen und demokratischen Blätter fahren
 fort, damit zu agitiren, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter
 beschränkt werden solle, abgleich sie innerlich unzweifelhaft davon
 überzeugt sind, daß eine solche Absicht an keiner Stelle besteht.“

Verhindert muß allerdings werden, daß sich ein Staat im
 Staate bildet und daß eine Agitationspartei sich annahmt, behufs
 Beschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen Staats-
 bürger's ungesetzliche und widerrechtliche Zwangsbeschlüsse aus-
 zulegen.

Das Koalitionsrecht soll und wird den Arbeitern völlig und
 unverfehrt erhalten bleiben, aber jeder einzelne Arbeiter soll auch
 selbst bestimmen können, ob er zu den alten Bedingungen weiter
 arbeiten will oder nicht.“

Den letzten Absatz druckt die offiziöse Korrespondenz in
 fetten Lettern.

Glaubt man jemand mit diesem Beschäftigungsversuch
 irreführen zu können! Ja, wenn ein Streik ohne Agitation,
 ohne Darlegung der Ursachen, die die Arbeiter zum Streik
 veranlassen müssen, möglich wäre, wenn es denkbar
 wäre, gemeinsame Aktionen ohne Presse, Versammlungen und
 sonstige Agitation zu stande zu bringen, dann haben die
 Offiziösen recht; da dies aber nicht der Fall ist, so versuchen
 die Offiziösen die öffentliche Meinung in gewohnter frivoler
 Weise irreführen. Bei der Verachtung, deren sich ihre
 Leistungen bei allen anständigen Leuten erfreuen, dürfte
 niemand dieser neuesten Kundgebung irgend welche Bedeutung
 schenken.

Was das geplante Gesetz soll, weiß jeder, es soll, sei es
 durch Zuchthausstrafen oder sonstwie, Streiks künftig unmöglich
 machen, es soll ein großer Schritt zur Durchführung der
 sozialen Utopie der Herren v. Stumm und Genossen sein.
 Es soll einen Zustand vorbereiten, in dem die Arbeiter wehr-
 und machtlos sein sollen, in dem die Unternehmer über das
 Arbeitsverhältnis ganz allein, ohne jede Furcht des mindesten
 Widerpruches zu bestimmen haben, in dem man mit der
 Waare Arbeitskraft genau so verfahren kann, wie mit einem
 Ballen Baumwolle oder einer Schiffsladung Guano.

Daß die deutsche Arbeiterklasse mit allen ihr zu Gebote
 stehenden Mitteln bemüht sein wird, diese Absichten zu durch-
 kreuzen, ist für sie nicht nur Recht und Pflicht, ihre Selbst-
 erhaltung zwingt sie dazu.

Diesen Kampf zu organisiren, ihn wichtig zu gestalten,
 ihn siegreich auszufechten, ist Pflicht jedes Arbeiters, jedes
 Deutschen, der in der Verwirklichung der Ideen der Stumm
 und Konforten das größte Verhängnis für das deutsche Volk
 erkennt.

Deutsches Reich.

Der Konflikt mit dem Vatikan. In einem offiziellen Artikel
 bespricht die „Kölnische Zeitung“ die Abberufung des preussischen
 Gesandten Herrn v. Bülow am Vatikan. Dieselbe bedeute zwar
 keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wohl aber sei eine
 Trübung der bisher freundschaftlichen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl
 eingetreten. Ueber die Ursachen der Trübung sagt die „Köln. Ztg.“
 folgendes:

„Recht friedlich, zeitweise sich sogar bis zu einer gewissen Wärme
 gestaltend, hat sich dieses Verhältnis zwischen Deutschland und dem
 Vatikan entwickelt, bis kürzlich französische Freiberieren die
 erste Störung hervorbrachten. Die Politik der Kurie,
 die der atheistischen, religionslosen, französischen Republik immer die
 weitestgehende Rücksicht bewies, zeigte dies auch in überraschender
 Weise, indem sie durch den Brief an den Kardinal Langémeur den
 Franzosen viel entgegenkommen bezüglich des Schutzes
 über die Christen im Orient bewies, welches von Deutsch-
 land bekanntlich nicht anerkannt wird. Die Art der Stellung-
 nahme konnte als milder freundlich betrachtet werden und es
 war nur erklärlich, daß der deutsche Geschäftsträger beim
 Vatikan in freundschaftlicher Weise um Aufklärungen bat, die
 ohne weiteres in entgegenkommender, befriedigender Weise
 gegeben wurden. Nach ihnen konnte man in Berlin annehmen, daß
 man in Rom keineswegs beabsichtige, für französische Ansprüche sich
 ernstlich ins Zeug zu legen, Frankreich vielmehr überlassen werde,
 seine angeblichen Rechte selbst zu verfechten. Deutscherseits
 glaubte man diesen Erklärungen volles Vertrauen entgegenbringen
 zu können und nahm als selbstverständlich an, daß der Heilige
 Stuhl, ebenso wie er auf jeden Protest gegen die deutsche Auffassung
 verzichtete, doch alles unterlassen werde, was geeignet erscheinen
 könnte, die französischen Forderungen, sei es auch nur moralisch,
 zu unterstützen. Nun hat sich leider herausgestellt, daß es der französischen
 Partei im Vatikan gelungen ist, die Politik der Kurie in eine Bahn
 zu leiten, die diesen Voraussetzungen nicht entspricht. Die vom
 Bringen Erzog in Gegenwart des Papstes gehaltene, ihrer ganzen
 Form nach hochoffizielle Ansprache an die französischen
 Botsger enthält zwar keinen direkten Protest gegen die deutsche
 Auffassung über das Schutrecht, wirkt aber unzweifelhaft als
 Ermuthigung der französischen Ansprüche. Man
 hätte im Vatikan wissen sollen, daß nach allen vorangegangenen
 Verhandlungen eine abermalige lobende Hervorhebung des traditio-
 nellen Schutzes der Franzosen in Deutschland nicht anders denn
 als unfreundliche Handlung aufgefaßt werden müßte.
 Wir glauben, daß unsere leitenden Persönlichkeiten nicht ohne schwere
 Bedenken und mit aufrichtigem Bedauern zu dem Schlusse gekommen
 sind, daß eine andere Auslegung ganz unmöglich ist.“

Die „K. Z.“ schöpft schließlich die Hoffnung, der Papst werde
 einen Weg finden, um den Miß, der in den Beziehungen zu Deutsch-
 land eingetreten ist, wieder zu heilen.

Uns scheint, daß man die Heilung des Risses von deutscher
 Seite wenig fördert, wenn man der päpstlichen Kurie Rücksichtnahme
 auf die „atheistische, religionslose, französische Republik“ vor-
 wirft.

Bemerkenswert ist, daß auch die „Germania“ ihr Bedauern
 über den Erfolg der französischen Freiberieren beim Vatikan aus-
 spricht.

Wir stehen diesem Streikfall zwischen der preussischen Regierung
 und dem Vatikan gleichgültig gegenüber. Er bedeutet nur eine der
 Folge-Erscheinungen der Verbitterung, welche zwischen den herrschen-
 den Klassen Deutschlands und Frankreichs vorhanden ist und welche
 eine ruhige Verständigung selbst über geringfügige Angelegenheiten
 wie über die Frage des Protektorats im Orient ausschließt.

Vertraulich! Die „Berliner politischen Nachrichten“ schreiben
 heute:

Bei den Erörterungen über den bekannten Erlaß des
 Ministers des Innern wegen des Waffengebrauchs der Polizei-

Beamtin hat die Frage, weshalb der Erlass als vertraulich er-
gangen und nicht sofort veröffentlicht worden sei, eine große Rolle
gespielt. Auch von denjenigen Stellen, welche sich mit
dem Inhalte des Erlasses durchaus einverstanden erklärt haben, ist
der Vorwurf erhoben worden, daß der Erlass nicht hätte geheim
gehalten werden sollen. Wie können Freund und Feind des Er-
lasses über diesen Punkt beruhigen. Der Erlass ist, wie wir in
Verständigung der bereits von anderer Stelle gebrachten Nachrichten
berichten können, von der Zentralinstanz aus nicht als vertraulich
bezeichnet worden, sodas der Abdruck des Erlasses im „Vorwärts“
in diesem Punkte unrichtig gewesen ist.

Was hat das Allenfalls nicht im Original vorgelegen. Aber selbst,
wenn die Offizien diesmal Glauben verdienen sollten, was man bei
ihren Kundgebungen zu bezweifeln volles Recht hat, so steht
doch fest, daß der Erlass des Herrn von der Rede be-
handelt wurde, als ob es sich bei ihm um eine streng vertrau-
liche Staatschrift handelte. Wenn eine Regierung unter gewissen
Umständen Maßregeln von außerordentlicher Schärfe gegen ihre
„Untertanen“ für nötig hält, dann hat sie die versuchte Pflicht
und Schuldigkeit, durch geeignete weitest mögliche Publizität dafür Sorge zu
tragen, daß jedermann über die Befahren und Eventualitäten,
denen er unter Umständen bei dem harnulosesten Spaziergange an-
geseht ist, genau informiert werde.

Ob auf dem Allenfalls der Vermerk Vertraulich stand oder
nicht, ist völlig nebensächlich. Entscheidend war und bleibt, daß das
Allenfalls wirklich als ein vertrauliches behandelt wurde, daß das
Publikum, das es doch in allererster Linie anging, nichts davon
erfuhr.

Charakteristisch für den Geist im preussischen Ministerium des
Innern ist es übrigens, daß fast zwei Wochen nach Veröffentlichung
dieses der schärfsten Kritik ausgesetzten Erlasses des Herrn v. d. Neke
nichts weiter vorgebracht werden konnte, als die unbeholfenen Zeilen
des p. p. Schweinebung, die wir oben wiedergaben! —

Zum v. d. Neke'schen Scharfschich-Erlass. Aus Straß-
burg i. E. wird uns geschrieben: Es muß uns die sachliche Be-
rechtigung des preussischen Erlasses über den Gebrauch der Schuss-
und Hiebaffen bei der Gendarmerie und Polizei äußerst schmerz-
haft sein, wenn man selbst in den Kreisen der aktiven
Militärs, denen doch die „Schneidigkeit“ im Auftreten der be-
waffneten Macht gegen das zivile Bürgervolk schon mit den ersten
Erregungsbewegungen beigebracht wird, sich veranlaßt sieht, in der
Presse gegen die Art und Weise Front zu machen, wie sich der
preussische Polizeiminister die Rolle der Polizeigewalt im Falle
öffentlicher Unruhen vorstellt. In der regierungsoffiziösen „Straß-
b. Post“ unterzieht „ein alter Offizier“ den v. d. Neke'schen
Geheimersch vom Standpunkt des Militärs einer durchaus ab-
fälligen Kritik.

„Die Organe der Gendarmerie und Polizei,“ so heißt es dort,
„werden also direkt dazu aufgefordert, im eintretenden Falle gleich
scharf zu schießen und scharf einzuhaufen, eine Aufforderung und An-
weisung, die man niemals nur vom grünen Tisch aus geben
sollte, da man in voraus theoretisch nicht alle möglichen Fälle ins
Auge fassen kann. Beim Waffengebrauch des Militärs u. s. w.
kommt es aber immer auf die Lage des Falles an, welche nur der
mit der Herstellung der Ruhe und Ordnung Beauftragte richtig zu
beurteilen vermag; hierbeißt alles, Praxis und
jegliche Theorie, ohne Werth. . . Wenn man wohl
einen jungen Offizier bramarbasieren hört: da wird einfach
d'untergeschossen, so wird dies niemand ernst nehmen wollen; denn
wenn er wirklich einmal in die Lage kommen sollte, als Wachhabender
sich vor die Frage des Waffengebrauchs gestellt zu sehen, wird ihm
die Entscheidung darüber keineswegs so einfach vorkommen, wie bei
seinem Ausspruch in der Wachtstube.“ Nachdem der „alte Offizier“
nochmals auf die äußerst scharfe Verantwortung hin-
gewiesen hat, die sich ein militärischer Befehlshaber anbildet, so
balb er sich zum Gebrauche der Waffen entschließt, kommt er zu
folgendem für Herrn v. d. Neke wenig schmeichelhaften Schlusse:
„Wenn man die Gesetzesbestimmungen für das Militär sinngemäß
auf Gendarmen und Polizeimannschaften anwendet, so wird man
ohne weiteres zugeben müssen, daß eine allgemeine An-
weisung, in welcher Art und Weise von der Waffe Gebrauch
gemacht werden soll, über das Ziel weit hinaus geht. Und dies
geschieht, wenn man vom Geschäftszimmer aus anordnet, daß der
Gendarm mit seinem Revolver gleich scharf schießen und der Säug-
mann mit der blanken Waffe gleich scharf einzuhaufen soll. Zum Glück
sind unsere Gendarmen mit dem Schießen nicht so rasch bei der
Hand, und eine Statistik über deren Waffengebrauch würde sehr
mager ausfallen, ebenso auch bei der Polizei. Und dieses Glück
danken wir dem guten und verständigen Verleher dieser Organe mit
der Bürgererschaft, welche wahrlich nirgends im
deutschen Vaterlande die Reizung zu Unruhe,
Unordnung oder Aufruhr in sich verspürt. Aus
vereinzelt vorkommenden Fällen gleich mit allgemeinen
Bestimmungen, wie die einmal geschehen, hervorzutreten, heißt
aber die Sachlage verkommen und mit Kanonen
auf Spaten schießen, wozu unser Pulver doch noch zu
schade ist.“ —

Bauarbeiterstreik. Der bayerische Minister des Innern holt
Gutachten ein wegen weitergehender polizeilicher Verordnungen zum
Zweck des Bauarbeiterstreikes.

Nach einer Bemerkung des Grafen Posadowsky im Reichstage
zu schließen, dürfte es sich um eine das ganze Reich betreffende
Enquete handeln. —

Die „Voss'sche Zeitung“ tritt unseren gestrigen Ausführungen
über das Verbrechen der liberalen Presse von sozialdemokratischer
Mauferung und verglichen entgegen. Sie behauptet, es sei doch
etwas Wahres daran und stellt uns die Frage:
„Ob der „Vorwärts“ wirklich behauptet, daß die Sozialdemokratie
noch heute dieselbe sei wie zu der Zeit, als die Herren Post und
Haffelmann in ihr das große Wort führten?“
Die „Voss. Ztg.“ sollte wissen, daß Post und Haffelmann nie-
mals in der deutschen Sozialdemokratie tonangebend gewesen sind.
Auch sollte die Voss die Haltung Post's und Haffelmann's in der
Zeit nach Erlass des Sozialistengesetzes, als jene beiden der Sozial-
demokratie nicht mehr angehörten, nicht verwechseln mit ihrer
Haltung zu der Zeit, als sie noch Sozialdemokraten waren. —

Zum Fall Duns-Stephany bringt die „Deutsche Tages-
zeitung“ eine sogenannte Verächtigung des einen der beiden
Beschäftigten, des Herrn Duns. Danach wird von diesem Herrn
selbst angegeben, daß er nicht in drei Fällen, wie Herr Stephany in
der „Voss. Ztg.“ erklärt hat, sondern in neun Fällen Privatarbeiten
und Gutachten angefertigt habe, zwar nicht über Emissionen, aber
für solche Banken, über deren Tätigkeit er zu berichten hatte; dabei
ist es doch wohl gleichgültig, ob er dies als erster oder als zweiter
Redakteur that.

Herr Duns behauptet, bei der Wankfirma Friedemann nicht gemein-
sam, sondern auf seinen Namen allein keine Kassengeschäfte gemacht
zu haben. Aber damit ist die Sache auch noch nicht aufgeklärt. Die
Behauptung des Herrn Duns, daß er aus dem von ihm gemeinsam
mit einem Herrn Weida errichteten „Kassensystem“ für Wert-
papiere keinerlei Gewinn gezogen habe, verdient keinen Glauben,
denn sie steht mit seiner eigenen, vor Zeugen am 16. September
abgegebenen Erklärung im Widerspruch. Selbstam erscheinen auch
folgende Widersprüche:

Herr Duns behauptet der „Deutschen Tagesztg.“ gegenüber,
Stephany hätte ihm niemals verboten, zu sagen; in einer
Versammlung am 15. September wurde von zwei Seiten ausdrücklich
erklärt, daß Herr Duns anfänglich als Weigerungsgrund zu sagen
anfährte, einmal habe ihm Herr Stephany unterzagt, es zum Prozeß
kommen zu lassen, und ferner habe er nicht andere Kollegen mit
unmöglich machen wollen.

Herr Duns erklärt außerdem in seiner „Verächtigung“, er habe
einen ihm befreundeten Kollegen in den doch erst nachträglich
entstandenen geschäftlichen Kampf nicht hineinziehen wollen und
halte sich nicht für verpflichtet, den Namen dieses ihm
befreundeten Kollegen zu nennen. Selbstam ist es, daß Herr
Stephany in seiner langen Erklärung in Nr. 472 der „Voss. Ztg.“

vom 8. Oktober der Verantwortung der Frage: „ob Duns Zeugen
gegenüber erklärt haben solle, er hätte sich geopfert, um einen ihm nahe-
stehenden Kollegen nicht zu kompromittieren und ob Herr Stephany
diesen Kollegen kenne“, aus dem Wege gegangen ist. Unseres Er-
achtens muß Herr Stephany auf die Frage sich äußern, falls er
nicht will, daß man dem immer bestimmter auftretenden Gerücht
Glauben schenken muß, der Herrn Duns befreundete Kollege, den
Herr Duns schonen wollte, sei Stephany selber.

Herr Schoof plaudert aus der Schule. Der Landtags-
Abgeordnete Schoof wurde im Juli 1897 aus der nationalliberalen
Fraktion des Abgeordnetenhauses vertrieben, weil er entgegen seinem
früher gegebenen Worte für die lex Neke, wie sie vom Herrenhaus
zuerst gemacht war, gestimmt hatte. Herr Schoof sucht sich nun
vor seinen Wählern wegen seines damaligen Verhaltens zu recht-
fertigen. Er meint, er habe schon früher in vielen Fragen eine ab-
weichende Meinung gegenüber der nationalliberalen Parteileitung gehabt.
Bei der Gelegenheit erzählt Herr Schoof ein Geschichtchen,
durch das er allerdings die Nationalliberalen weiblich ärgern wird,
Er schreibt:

„Als ich dann aber nach der Entlassung des Reichsfinanzministers
mit Entschiedenheit dafür eintrat, daß unser Reichstagswahl-
kreis sein erledigtes Mandat dem fürsten Bismarck an-
biete und durch die Wahl zum Reichstags-Abgeordneten dem
Fürsten unser volles Vertrauen ausspräche, hatte ich den
Unwillen der Parteileitung auf mich gezogen, die jede Inter-
vention der Wahl verweigerte und sogar zuerst —
vor der Hauptwahl — Parteiredner verhinderte, für Bismarck in
Wahlversammlungen zu sprechen. Erst bei der Stichwahl — mit
einem Sozialdemokraten — wurde dies gestattet.“
Die Nationalliberalen, welche ihren „Heros“ preisgaben, da er
nicht mehr an der Macht war, können sich freilich mit der Wehrzahl
der Konservativen trösten, welchen ebenfalls Kenner und Würden
höher standen als die Bewahrung der „deutschen Treue“ gegenüber
ihrem Säkularmenschen. —

**Wieder ein kleines Mittel für die nothleidende Land-
wirtschaft.** Der Finanzminister hat genehmigt, daß die durch seine
Verfügung vom 8. Juli d. J. nachgelassene Mitwirkung der Steuer-
behörden bei dem Verfahren der Gewährung von Kredit seitens der
Einkaufsverwertungs-Gesellschaften an ihre Mitglieder gegen
Uebereignung von Brauntweinsteuer-Berechtigungscheinen in gleichem
Umfange und unter denselben Bedingungen fortan auch für den ent-
sprechenden Verkehr zwischen den Brauntwein-Reinigungsanstalten
und den Brenneisbesitzern gewährt werden kann. —

Vom nördlichen Germanisationsplan. (Eig. Bericht.)
Aus Hadersleben wird uns geschrieben: Die Plamagen, welche
die preussische Germanisationspolitik in Nordischleswig bei den letzten
Reichstagswahlen davongetragen, hindern die Behörden nicht, in
demselben Stil und nach demselben Schema weiter zu germanisieren.
In Gegenwart, man scheint nach dem Ausfall der Wahlen am
grünen Tisch in Schleswig erst recht nervös geworden zu sein
und die vielen Ausweisungen, welche gerade in letzter Zeit hier an
der Tagesordnung, erweisen eher den Anschein von Straf-
verfügungen wegen der oppositionellen Wahlen, als von Ver-
waltungsmaßnahmen. Was in Elsfj-Lothringen der „auf-
rührerische“ Ruf: „Vive la France!“, bewirkt hier oben der
Ruf: „For gamle Danmark!“ (fürs alte Dänemark). Erst kürzlich
wieder wurde ein Hofbesitzer aus der Gegend von Hadersleben, der
mit einer Gesellschaft einen Ausflug nach der dänischen Insel Fönd
gemacht und bei einem sich daran anschließenden Festmahle in
Stenderup, also auf dänischem Boden, das genannte Hoch prophezeit
hatte, vom Schöffengericht Hadersleben zu drei Tagen Gefängnis
verurtheilt. Statt der einen Marschallin, welche den wieder-
gewonnenen Stammesbrüdern um Straßburg und Metz schon so
manchen Monat Gefängnis eingebracht, haben wir in Nordischleswig
eine ganze Sammlung dänischer Vlieder, deren Singen den preussischen
Staat erschütterte. So wurde vergangene Woche der Necht-Eisen
aus Jütland, zur Zeit in Stevning in Dienst, bestraft und ausgewiesen,
weil er ein staatsgefährliches Lied öffentlich zum Vortrag gebracht.
Vor dem Schöffengericht zu Tostlund wurden gar 24 Dänisch-
gestimmte zu Geldstrafen von je 30 M. verurtheilt, weil sie bei
einer politischen Versammlung, in der der bekannte Redakteur
Jessen redete, ein diesen verherrlichendes Gelegenheitsgedicht, in
welchem der verstorbene Kaiser Wilhelm geschmäht sein soll, gesungen
hatten.

An die schönsten Zeiten des seligen Sozialistengesetzes aber dürfte
manchen unserer Parteigenossen folgenden Geschichten erinnern,
welches „Hejndal“, das Organ des preussischen Landtags-Abgeordneten
J. P. Hansen in seiner Nummer vom 1. Oktober erzählt. Vor einiger Zeit
verkaufte der Hofbesitzer P. J. Clausen in Tostlund seinen Hof und zog
aus dem Land, weil er den Ausweisungsbefehl nicht abwarten wollte. Der
Amtsvorsteher hatte ihm damit gedroht wegen einiger preussisch-
feindlicher Lebensarten, die Clausen hatte lassen und die zum
Theil über 20 Jahre her datiren. Als Clausen seinen Hof los war,
zog er zu seinem Bruder in Plovstrup jenseits der Grenze und
gläubte endlich in Frieden und ohne Gefahr leben zu können.
Eines Tages aber, da er aus war zu pflügen, kamen zwei Herren
zu ihm aufs Feld und überreichten ihm ein Schreiben. Als die
Herren eine Quittung verlangten, sah sich Clausen je näher an und
erkannte in dem einen den Amtsdienner von Tostlund in Jivil. Der
Brief aber enthielt den Ausweisungsbefehl! Als Clausen natürlicher-
weise keine Quittung ausstellen wollte, sagte der Amtsdienner: „Das
ist auch einerlei, hiermit sind Sie ausgewiesen!“ Man sieht, die
Germanisationspraxis kann auch einen Stich ins Idyllische an-
nehmen! —

Die kaiserliche Werst als Arbeitgeberin. Aus Kiel wird
uns geschrieben: Daß in der kaiserlichen Werst Ueberstunden üblich
sind, ist nicht neu, neuerdings geschieht es aber auch, daß Arbeit
mit nach Hause gegeben wird. So haben etwa 12—15 Leute schon
seit Wochen Material zur Anfertigung von Koffenständen mit nach
Hause bekommen, trotzdem in den Werkstätten Platz genug vorhanden
wäre, noch Arbeiter einzustellen. — Will die Werstverwaltung durch
Zuhilfenahme der schäßlichen Heimarbeit die Produktionskosten ein-
sparen oder ist sie überzeugt, daß die von ihr gezahlten Löhne
ungenügend sind und darum durch Ueberarbeit aufgebessert werden
müssen?

Die eine wie die andere Annahme weist ein recht bezeichnendes
Licht auf die kaiserlich deutsche Sozialreform. —

Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen
hat am Dienstag fast nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit ver-
handelt. Es wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt. —

Ein Geistlicher, der früherer Superintendent in Rostock, Franz
Johann Theodor Rexbach, wurde vom Landgericht in Chemnitz
zu ein Jahr neun Monaten Gefängnis und zwei
Jahren Ehrverlust wegen Betruges und Intrigue im Amte
verurtheilt. Er wurde Ende Juli dieses Jahres wegen der ent-
deckten Unterschleife mit einem Verweis auf dem Disziplinarwege
bestraft, dann aber vom Landeskonfistorium zu Dresden seines
Amtes entbunden. Einer gerichtlichen Verurtheilung glaubte man da-
mals noch ausweichen zu können, und als positivere Behauptungen
in der Presse über die Vergehen des famosen Seelsorgers laut
wurden, fanden sich noch Leute, welche ihn vertheidigten. Die Ge-
richtsverhandlung hat ergeben, daß R. die tollsten Schwindelzün
ausgeführt hat. Er unterschlug in verschiedenen Fällen Sparfassen,
Kirchen-, Mündel- und Kollektengelder im Gesamtbetrage von
ca. 6000 M., zum Theil auf äußerst raffinierte Weise. Er führte ein
großes Haus, und alle Welt, die seine Verhältnisse nicht kannte,
hielt ihn für einen reichen Mann. Dabei wußte sich R. in den
Mantel der christlichen Liebe und Wohlthätigkeit zu hüllen. —

Der Parteitag der deutsch-sozialen Reformpartei. Dem
Bericht des Vorstandes und der Fraktion schloß sich eine kurze Dis-
kussion an. Den Fraktionsmitgliedern, die gegen die Flotten-
vorlage gestimmt hatten, wurde daraus ein Vorwurf ge-
macht. Herr Liebermann von Sonnenberg hatte deren
Stellungnahme gewissermaßen damit entkündigt, daß ihre
Wähler sie dazu genöthigt hätten. Herr Werner widersprach dem.
Herr Köhler habe sich beispielsweise schon vorher gebunden,

ohne sie gekampt zu haben. Er (Werner) glaube, Köhler
habe die Wappe mit der betreffenden Drucksache heute noch
nicht geöffnet. Auch das viele „Schwänzen dieser Kollegen“
im Reichstag rügte dieser Redner. Dagegen wandte
sich Herr Dr. Viehhaben. Er sagte, die Erledigung von Berufs-
geschäften sei oft „sehr viel nützlicher“, als die Anwesenheit
im Reichstage.

Nach einem Referate von Dr. Lindström und einem Referate
von Müller über die „Mittelstandfrage“ wurden folgende Anträge
der Fraktion überwiesen:

1. Die Herren Abgeordneten der deutsch-sozialen Reformpartei
wollen sich mehr als bisher mit den Interessen des Kleinkaufmanns
gegenüber den Konsumvereinen und Ransschazaren beschäftigen;
besonders das Interesse der Handlungsgehilfen gegenüber der lohn-
drückenden Konkurrenz der Frauennarbeit im Komptoir und Laden-
geschäften mehr wahrnehmen und mit allem Nachdruck in hohen
Reichstage vertreten.
2. Die Herren Abgeordneten wollen im hohen Reichstage dahin
wirken und mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Beamten-,
Offizier-Konsumvereine sofort aufgehoben werden und daß sämt-
liche bestehenden Privat-Spar- und Rabattvereine gesetzlich auf-
gehoben oder mindestens unter strenge gesetzliche Kontrolle gestellt
werden. —

Sagen, 7. Oktober. Daß man im Privatgespräche mit gewissen
politischen Gegnern vorsichtig sein muß, lernte der praktische Arzt
Dr. Wittlinghoff aus Schwelm in der Verhandlung gegen ihn vor der
Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Der Angeklagte, der zur
strafmündigen Volkspartei gehört, hat am 15. Juni in einer Wess-
schaft, in der sein Parteigenosse Redakteur Schöler heftig angegriffen
wurde, auf die Ausherrung eines Herrn, im Kriege 1870/71 habe die
Beeidigung der Soldaten durch Ruß und Spirituosen erregt
werden müssen, erwidert: „Und die Offiziere lagen hinter der Hecke“.
Obwohl der Angeklagte sicher nicht alle Offiziere gemeint hatte und
beim Bezirkskommando sowie beim Landrath nachträglich Abbitte
leistete (1), wurde er wegen Beleidigung des Offizierkorps zu 300 M.
Geldstrafe verurtheilt. Der Strafantrag war vom preussischen,
bayerischen und sächsischen Kriegsminister gestellt. —

Sozialdemokrat als Schimpfwort. Das Schöffengericht zu
Allenstein (Ostpreußen) verurtheilte einen Kaufmann zu 30 Mark
Geldstrafe, weil er einen Handwerker als Sozialdemokraten be-
zeichnet hatte.

Wir können den Richtern versichern, daß weit größer die Zahl
derjenigen ist, die den Namen Sozialdemokrat als einen Ehrennamen
tragen, als die Zahl derer, die den Richterpruch von Allenstein
begriffen. —

Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel
betragen in der preussischen Monarchie (ausschließlich Preisen) im Sep-
tember 1898: für 1000 Kilogramm Weizen 150 (im August 1899:
170) M., Roggen 131 (131) M., Gerste 138 (130) M., Hafer 134
(148) M., Ackerbohnen 225 (226) M., Spiegebohnen 258 (259) M.,
Linsen 412 (408) M., Erbsen 46,9 (52,7) M., Mischstroh 30,5
(37,8) M., Heu 47,2 (46,8) M., Rindfleisch im Großhandel 1068
(1067) M.; für 1 Kilogramm Rindfleisch von der Keule im Klein-
handel 136 (136) Pf., vom Bauch 116 (116) Pf., Schweinefleisch 144
(143) Pf., Kalbfleisch 133 (131) Pf., Hammelfleisch 130 (131) Pf.,
inländischer geräucherter Speck 163 (162) Pf., Schbutter 224 (213)
Pfennig, inländisches Schweinefleisch 158 (158) Pf., Weizenmehl
83 (84) Pf., Roggenmehl 25 (25) Pf.; für 1 Schw. Eier 335 (338)
Pfennig. —

Gera (Neuj. Z.), 11. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)
Bei den heutigen Landtags-Sitzungen legte im ersten Kreise der
Genosse Fiedler gegen den fortschrittlichen Gegenlaubbaten, im
zweiten Kreise wurde der fortschrittliche Kaß gegen unseren Kan-
didaten gewählt. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Stoll-
arbeiter Gustav Schmelz verkehrte von 1898—1897 in der
Familie des Arbeiters Hermann Feistat. 1897 verführte die Frau
Feistat und mit ihr der Schmelz. Der Feistat erfuhr, daß dieselben
zusammen in Krefeld lebten. Er richtete darauf eine Anzeige an die
Staatsanwaltschaft gegen Schmelz wegen Weineids und Majestäts-
beleidigung. Er beschwor die Thatfachen über den angeklagten Weineid
und die Majestätsbeleidigungen, welche in Familiengesprächen in den
Jahren 1894 bis 1897 gefallen sein sollen. Nach eidlicher Ver-
nehmung anderer Zeugen wurde das Verfahren wegen Weineids
gegen Schmelz eingestellt, dagegen wegen Majestätsbeleidigung
Anklage erhoben. Diese wurde gestern vor der Strafkammer des
Landgerichts II Berlin (Landgerichtsdirektor Garg, Vorsitzender) ver-
handelt. Eine Beleidigung sollte in Bezug auf ein Bild
Wilhelm II in der Wohnung des Feistat im Jahre 1895 gefallen
sein. Feistat behauptete, daß in seiner Wohnstube ein Bild des jetzigen
Kaisers, nämlich Kaisers Friedrich, dann ein Bild von dessen
Vater und ein Bild aller drei Kaiser gehangen habe. Die Frage nach
dem Namen des jetzt regierenden Kaisers, seines
Vaters und Großvaters konnte er nicht richtig be-
antworten. Andere Zeugen behaupteten, daß in der Wohnung
überhaupt kein Drei-Kaiser-Bild und kein Einzelbild des jetzigen
Kaisers vorhanden gewesen, und die Ausherrung des S. im Jahre
1895 gefallen und zwar mit Bezug auf ein Bild, das Wilhelm I. und
die Fürsten, welche an dem 70er Krieg theilgenommen, darstellte,
daß sie aber nicht den beleidigenden Wortlaut gehabt, den der
Chemauer Feistat behauptet habe. Eine andere beleidigende
Ausherrung soll nach Angabe des Feistat der Angeklagte
mit Bezug auf die Reisen des Kaisers im Jahre 1894
gethan haben. Ein Zeuge, der dieselben ebenfalls gehört haben
sollte, behauptete, daß es unmöglich sei, jetzt noch mit Bestimmtheit
eine Ausherrung zu behaupten, die gesprächsweise 1894 gefallen
sein soll.

Ein anderer Zeuge, von dem festgestellt wurde, daß er sich mit
dem Angeklagten verfreundet und mehrfach erklärt hat, er werde dafür
sorgen, daß Schmelz hincinsalle, behauptete noch eine Beleidigung,
die zur Zeit der Berliner Gewerbe-Ausstellung bei einem Gespräch
über die Fahrt des Kaisers zu derselben gefallen sein soll.
Festgestellt wurde auch, daß Feistat während des Verfahrens
beantragt hatte, den Angeklagten auf seine Kosten sofort zu
verhaften und daß er mehrfach geäußert, er werde nie ruhen, bis
er denselben hincingelegt habe.

Nach dieser Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt
ein Jahr Gefängnis. Zwar sei die Anzeige einige Jahre
nachdem die Ausherrungen gefallen, aus Eifersucht und Rache, nicht
aus verletztem monarchischen Gefühl heraus gemacht, aber es scheine,
daß gewisse Kreise über den jetzigen Kaiser nur in beleidigender
Form sprechen könnten, und deshalb müsse eine strenge Strafe aus-
gesprochen werden.

Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld führte eingehend
aus, daß bei der Sachlage und der Qualität der Zeugen eine feste
thatächliche Unterlage für einen Schuldigungspruch ganz und gar nicht
vorhanden sei und beantragte deshalb die Freisprechung. Eventuell
sollte die Thatfache, daß die Worte im intimen Familienverleher ge-
fallen und die Förer durchaus nicht verlegt oder in ihren monarchischen
Gefühlen beeinträchtigt haben, die niedrige Strafe angemessen er-
scheinen. Der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängnis
und beschloß sodann, ohne daß der Staatsanwalt es beantragt oder der
Angeklagte oder sein Vertheidiger gehört wurden, die sofortige
Verhaftung des Angeklagten. Die Gründe des Staats-
anwalts wurden für die Höhe des Strafmaßes als durchgreifend
erachtet.

Oesterreich.
Wien, 11. Oktober. (Magdeb. Ztg.) Der vom „Neuen Wiener
Tageblatt“ veröffentlichte Erlass des Justizministers, in dem den
Richtern, die sich an politischen Agitationen betheiligen, unverblümt
angedeutet wird, daß sie bei Verurtheilungen übergehen und zum Aus-
scheiden aus dem Richterstand veranlaßt werden sollen, ruft großes
Aufsehen hervor, weil in jüngster Zeit keinerlei das zulässige Maß
überschreitende Betheiligungen von Richtern an der politischen
Agitation bekannt geworden sind. Der Erlass wird, als gegen die

Unabhängigkeit des Reichstages gerichtet, im Parlament zur Sprache gebracht werden.

Die Regierungstaktik in der Ausgleichsfrage. Das „N. Ztbl.“ meldet, der Finanzminister werde im Ausgleichsausschuss erklären, die Regierung verzichte vorerst auf die Erhöhung der Konsumsteuern; diese Last sei darauf berechnet, gewissen Parteien der Rechte zu erleichtern, für die Ausgleichsvorlagen zu stimmen. Die Verzichtsleistung bedeute nur eine formale Aufrechterhaltung der Steuererhöhungen aus dem Ausgleichswerk; in Wirklichkeit verzichte die Regierung indeswegs endgültig auf die Konsumsteuer-Erhöhungen, deren Mehrertrag bereits für größere gemeinsame Ausgaben in Rechnung gezogen sei.

Ungarn.

Budapest, 11. Oktober. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Das Organ der ungarischen Sozialdemokratie, die „Volkstimme“, wurde heute konfisziert wegen Abdrucks der die Verfolgungen der Sozialdemokraten durch die ungarische Regierung erwähnenden Resolution des Stuttgarter Parteitag.

Schweiz.

Ein italienischer Spitzel. Die „Nürcher Post“ schreibt: Vor allem, meinen wir, sollte die italienische Regierung endlich einmal wegen der Spitzel zur Rede gestellt werden, die sie in der Schweiz unterhält. In früherer Erinnerung steht ihr Santoro, den der Bundesrat als Anarchist auswies. Neuestens ist ein weiterer Spitzel entlarvt worden: Pierre Mantica, der sich für einen Journalisten ausgab und unter falschem Namen in Genf lebte. Er ist der Nachfolger des Spitzels Terzaghi, der vor etwas mehr als einem Jahr in Genf gestorben ist. Mantica sandte italienischen Blättern die Abschrift eines Briefes, den Lucheni erhalten hatte und in welchem das Verbrechen, das dieser begangen, gefeiert wird. Zur Rede gestellt, wie er in den Besitz der Abschrift gekommen sei, behauptete Mantica, den Brief von einem Angestellten der Untersuchungsbehörde erhalten zu haben. Dieser konnte indessen den Beweis der Falschheit dieser Behauptung leisten, und so kam es an den Tag, daß Mantica über die Abschrift des Briefes an Lucheni nur verfügen konnte, weil er selber den Brief an Lucheni geschrieben! Entrüstet verkündete er „Genevois“, dem wir diese Mitteilung entnehmen, daß dergleichen Vandalen aus der Schweiz gefegt werden. Was soll man, fragt das Blatt, von der italienischen Regierung halten, die nicht allein im eigenen Lande Anarchisten züchtet, sondern obendrein bei uns Agenten unterhält, die dasselbe Geschäft bei uns betreiben, damit so Vornachtheile gegen unser Land und unser Volk entstehen?

Frankreich.

Paris, 11. Oktober. Der heute im Elisee stattgehabte Ministerrath setzte als Termin des Wiedersammen-tretens der Kammern den 25. Oktober fest. Die Minister besprachen den Ausstand und die fortwährende Wiederaufnahme der Arbeit auf verschiedenen Werkplätzen. Der Minister des Innern Delcassé gab einen Ueberblick über verschiedene aktuelle Fragen der ordentlichen Politik und kündigte die demnächstige Vorlegung mehrerer Gesetze an.

Paris, 11. Oktober. Monard, der Anwalt der Frau Drehfus, hat um die Ermächtigung nachgesucht, die Revisionsakten einzusehen.

Paris, 11. Oktober. Ein Gerichtsvolkzieher schickte sich heute an, im Auftrage der im Prozeß Jola vernommenen Schreibsachverständigen mit dem Verkauf des Mobilars Jola's zu beginnen. Frau Jola und Octave Mirbeau, welcher aufs neue vergeblich das Anerbieten machte, die Schuldschulden zu bezahlen, verlangten, daß die Frage dem zuständigen Richter unterbreitet werde. Dieser erklärte, der Verkauf könne nicht vertagt werden, sondern würde um 1 Uhr nachmittags stattfinden. Bei der Versteigerung wurde der erste ausgedobene Gegenstand, ein Tisch, von dem Verleger Brasquelle für 32 000 Francs erstanden, durch welche die Schuldsumme gedeckt ist. Der Versteigerung wohnten zahlreiche Reugierige bei.

Italien.

Rom, 9. Oktober. (Fig. Ver.) Die Generalkommission, welche die Aufgabe hat, politisch Verdächtige vor ihr Forum zu zitieren und sie zu Zwangswohnsitz zu verurtheilen, arbeitet mit großem Eifer. Bis jetzt sind von ihr 260 Bürger — Anarchisten, Sozialisten und Republikaner — verurtheilt. Die Kommission tagt weiter. — Seitdem Costello, der ultra-reaktionäre Bürgermeister von Livorno, wegen Unterschlagung städtischer Gelder verhaftet worden ist, sind noch weitere Fälle von Veruntreuungen durch Beamte bekannt geworden, so z. B. in Duxo, Livorno, Bologna, Cintra, Oliveto. Theils sind die betreffenden Missethäter, theils in Haft genommen. Allzu viel werden sie nicht zu befürchten haben, namentlich nicht, wenn sie die gleiche politische Gesinnung betheiligen haben, wie der Bürgermeister von Livorno. Wie glimpflich wird dieser Spitzhube schon jetzt behandelt. Man hat ihm im Gefängnis ein besseres Zimmer angewiesen, hat ihm Bücher und Tinte bewilligt, während diese Vergünstigungen den politischen Gefangenen verweigert werden.

Großen Eindruck hat in sozialistischen Kreisen der Stuttgarter Parteitag gemacht, namentlich hat die Protest-Resolution Wobels gegen die Verfolgungswuth der herrschenden Klassen in Italien freudigen Wiederhall gefunden. In den Blättern darf diese Zustimmung gar nicht zum Ausdruck kommen bei Strafe der Konfiskation oder gänzlicher Unterdrückung.

Spanien.

Madrid, 11. Oktober. Die Regierung wird bis zum definitiven Friedensschluß eine starke Truppenmacht in Kuba belassen. Es verläutet, die Regierung werde die Fortes sogleich nach Unterzeichnung der Friedensakte einberufen und denselben Vorlagen zur Reorganisation der Staatsverwaltung machen.

Der Ministerrath erließ neue Instruktionen für die Pariser Friedenskonferenz in betreff der Philippinen. Bis zum 15. November sollen 18 000 frische Soldaten von Kuba nach Spanien zurückgeschickt werden. Die Einschiffung der spanischen Truppen von Portorico nach der Heimath wird am 18. d. M. beendet sein.

In einem Telegramm erklärt General Rios den Ausstand auf den Bisayas-Inseln für beendet.

Norwegen.

Christiania, 11. Oktober. Das Storting ist heute eröffnet worden; das bisherige Präsidium wurde wiedergewählt.

Türkei.

Konstantinopel, 11. Oktober. Die Pforte verlangt in drei befestigten Orten auf Areta die Verfassung kleiner türkischer Garnisonen zur Kennzeichnung ihrer Souveränität. Soviel jedoch in hiesigen diplomatischen Kreisen verläutet, hat die Pforte diese Forderung unabhängig vom dem Ultimatum gestellt, über dessen Abänderung die vier Großmächte zu verhandeln entschieden ablehnen. Der diesbezügliche Meinungsaustrausch der vier Mächte scheint noch nicht beendet zu sein, da die hiesigen Verhältnisse noch keine Instruktionen haben. Der im Ultimatum festgesetzte Termin endet Donnerstag früh. — Nach Verichten aus Areta sind dort sämtliche italienische Verstärkungen eingetroffen.

Sichin.

Reaktion in China. Wie den „Times“ aus Peking gemeldet wird, ist eine Verordnungs-ergangung, durch welche die einheimische Presse unterdrückt wird und die Herandgeber von Preß-erzeugnissen zur Bestrafung gezogen werden. Alle Beamte, welche Denkschriften zu Gunsten der Reformen unterzeichnet haben, sind aus ihren Ämtern entlassen worden. Das Ackerbau-Amt ist abgeheft worden. — Aus Shanghai wird den „Times“ gemeldet, Huang, welcher kürzlich zum Gesandten in Japan ernannt werden sollte, sei wegen Teilnahme an der Reformbewegung verhaftet worden. Wie das Blatt weiter meldet, seien die in der letzten Zeit erlassenen Verordnungen auf Befehl der Kaiserin allein ergangen, deren allgemeine Verfolgung der Fortschrittler ein wahres Reglement des Schreckens bilde.

Amerikanische Eisenbahn-Unternehmungen in China. Aus New-York wird geschrieben: Vor einigen Tagen ging von San Francisco eine aus 30 Personen bestehende Ingenieur-Kommission nach China ab, welche im Auftrage eines kürzlich gebildeten Syndikats die technischen Vorarbeiten zum Bause einer Eisenbahnstrecke von Kanton nach Hankau ausführen wird. Das Syndikat will mit einem Kapital von 200 Millionen Francs 900 englische Meilen Bahnlinie herstellen und soll der nordamerikanische Gesandte in Peking die hierfür erforderliche Konzession bereits zugesichert erhalten haben. Jedemfalls aber hat die Entsendung des nordamerikanischen Gesandtes nach China noch wesentlich den Zweck, der Forderung dieser Eisenbahn-Konzession den nöthigen Nachdruck zu verleihen.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Unternehmer - Bedenken.

Gegen das Koalitionsrecht macht sich innerhalb der Unternehmerkreise selbst eine immer lebhaftere Opposition geltend. Daß diese gerade aus der Heimath der Scharfmacher hervorgeht, mag für die Jende, Stamm und Genossen recht unbequem sein. Und doch sind es gerade die Leiter großer Montan-Unternehmungen in Rheinland-Westfalen, die befürchten, daß der erwähnte Gesetzentwurf das Gegentheil dessen, was er anstrebt, herbeiführen dürfte. Obgleich wir den Gehalt dieser Unternehmerkreise nicht als richtig anzuerkennen vermögen, ist es doch interessant, ihn kennen zu lernen und unter dieser Voraussetzung geben wir ihn wieder. Die Lohnerbhöhungen, die die Montan-Unternehmungen ihren Arbeitern in den letzten Jahren zugesprochen haben, sollen aus der Vorleistung herrühren, daß durch Lohnerbhöhungen am wirksamsten der für die Industrie nachtheiligen Eventualität einer Streikbewegung vorgebeugt würde. In der That sei dies Ziel auch auf dem Wege der Lohnerbhöhung erreicht worden. Während nun vielleicht der angeführte Gesetzentwurf betreffs Verhütung der Streiks den Eindruck erwecken könnte, daß die Arbeitgeber allgemein dadurch ihre Position gegenüber der Eventualität einer Streikbewegung verstärkt meinten, fehlt es nicht an Stimmen, daß vorsichtige Arbeitgeber sich durch einen solchen Gesetzentwurf gedrängt sehen würden, mit ihren Zugeständnissen an die Arbeiter um so weiter zu gehen, damit nur ja die Gelegenheit zu einer Streikbewegung aus dem Wege geschafft werde. Eine solche würde durch einen Gesetzentwurf von der Schärfe des angeführten zu einer um soviel heftigeren Irritation der Arbeiter führen, als dies bisher bei solcher Bewegung der Fall war. Unter diesem Gesichtspunkte wird von vielen Unternehmern der angeführte Gesetzentwurf geradezu als industriefeindlich aufgefaßt. Sind auch diese Anschauungen der Unternehmer durchaus von der Wahrung der eigenen finanziellen Interessen diktiert, so zeigen doch die daraus resultierenden Befürchtungen, daß Graf Poladoborski mit seinem Schutz für die arbeitswilligen Personen nicht einmal auf die Hilfe des gesammten Unternehmertums rechnen kann. Die Gleichberechtigung der Arbeiter ist eben nicht nur ein einseitiges Postulat der Arbeiter, sondern eine notwendige juristische Ergänzung der heutigen kapitalistischen Produktionsweise. Man kann nicht den Arbeiter wieder unfrei machen, ohne zugleich die Leistungsfähigkeit der Industrie in ihrem innersten Marke zu treffen.

Partei-Nachrichten.

Der sozialdemokratische Verein in Kassel beschloß, sich diesmal an der Landtagswahl nicht zu betheiligen.

Eine Versammlung in Dresden beschäftigte sich mit dem Thema der Endziele. Redakteur Bahn, der das Referat hatte, führte aus, daß ohne Hinweis auf die Endziele keine wirksame Agitation betrieben werden könne; wie sehr übrigens das Volk für die sozialistischen Ideen empfänglich sei, zeige die beispiellos große Verbreitung gerade derjenigen unserer Schriften, die sich mit den Endzielen beschäftigten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, worin ausgesprochen ist, daß bei der Agitation neben der Erörterung praktischer Fragen die Endziele nicht außer acht gelassen werden dürfen.

In Apolda wurden am Dienstag unsere Parteigenossen Leuertz und Petermann mit großer Mehrheit wieder zu Bezirksabgeordneten, d. h. zu Mitgliedern des Bezirksauschusses gewählt, der der Bezirks-Landesverwaltungs-Behörde — dem Bezirksdirektor — beigegeben ist, um bei der Veranlassung und Entscheidung über bestimmte Gegenstände mitzuwirken. Zu Stellvertretern wurden ebenfalls Parteigenossen gewählt, und zwar die Genossen Werner und Greifeld.

In Mainz wollen Demokraten, Ultramontane, Freisinnige und Rationalisten eine gemeinsame Kandidatenliste für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl aufstellen. Um den Preis des Zusammengehens sollen auch der Sozialdemokratie einige Sitze — 2 von 10 — zugestanden werden. Unser dortiges Partei-Organ, die „Mainzer Volkszeitung“, spottet über diese „Großmuth“ und erklärt, daß sie auf so ein geradezu lächerliches Anerbieten verzichte.

In Uzwil, einem kleinen Orte im schweizerischen Kanton St. Gallen, gründeten deutsche Parteigenossen nach einem Vortrage von O. Märzens aus Zürich einen deutschen Arbeiter-Verein. Derselbe zählt bereits 23 Mitglieder und wird infolge des Aufschwungs der Industrie in jenem Orte voraussichtlich bald bedeutenden Zuwachs erhalten.

Ein Kongreß sozialistischer Gemeinderäthe Frankreichs wird in den Tagen vom 30. Oktober bis 1. November in Funay abgehalten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Vergolder! Zu der heute Abend stattfindenden Versammlung werden die Kollegen und Kolleginnen aufgefordert, zahlreich zu erscheinen, da eventuell wichtige Abstimmungen vorzunehmen sind. (Siehe heutige Annonce.) Die Vergolder (Farbigmacher) werden ersucht, bis auf weiteres die Werkstatt von Sonntag zu meiden, da die Differenzen bis jetzt noch nicht beigelegt sind. Die Kommission.

Die Ausperrung der Vergolder hat bereits begonnen. Bis Dienstag Abend waren der Streikkommission 85 Ausperrerte gemeldet, weitere Opfer dieser frivolen Taktik der Unternehmer werden heute erwartet. Die Einigkeit unter den Fabrikanten scheint keine vollkommene zu sein. Während in verschiedenen Fabriken die angefangenen Arbeiten thatsächlich aufgearbeitet werden, haben andere Fabrikanten noch gestern für mehrere Tage Arbeit ausgegeben. Die Zahl der streikenden Verilverer beträgt 88. Das Vorgehen der Fabrikanten hat bisher auf die Lage des Streiks und die Stimmung der Streikenden keinen Einfluß, wenigstens keinen den Unternehmern günstigen, ausgeübt.

Deutsches Reich.

Parteigenossen und Organisationen werden vor Rudolf Josef Brinz, von Profession Gärtner, geboren 1872 zu Bremen, zuletzt in Pergoldsdorf bei Wien, thätig, nachzudrücken.

Derselbe lochte der Gewerkschaftskommission Oesterreichs in Wien Geldbeträge unter dem Vorwande, eine Organisation der Gärtner in Wien zu gründen, heraus, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Genannter ist, indem er sich als Parteigenosse ausgibt, stets darauf bedacht, die Organisationen auszubuten und hat insbesondere in Organisationsbezirk Müdling Parteigenossen um Geld und Bücher geprellt. Man wird überall, wo Brinz ausflauen sollte, gut thun, denselben die Thür zu weihen.

Johann Schläger, für die Bezirksorganisation Müdling, Ludwig Zeitelmeyer, für die niederösterreichische Landes-Parteivertretung.

Erhebungen über die Höhe der Gehälter der Buchhandlungsgehilfen hat die Landesvereinigung der Buchhandlungsgehilfen für das Königreich Sachsen veranstaltet. Die Gehälter be-

tragen pro Monat durchschnittlich im Vogtland und im Erzgebirge 90 M., in Dresden 100 M., in Leipzig im Kommissiongeschäft 115 M., im Sortiment 120 M. und im Verlag 125 M. Der „Handlungsgehilfen“ bemerkt dazu: Das verhältnismäßig günstig erscheinende Durchschnittsgehalt Leipzigs ist darauf zurückzuführen, daß nur von 51 Firmen Angaben zu erhalten waren. Diese Zahlen beweisen, wie wenig Grund die Buchhandlungsgehilfen haben, sich besser zu dünken als die übrigen Handelsproleten. Diese Erkenntnis gewinnt auch immer mehr Raum. Die Versammlung der sächsischen Landesvereinigung, in der die Statistik bekannt gegeben wurde, beschäftigte sich auch — zum ersten Male — mit der Regelung der Arbeitszeit und schloß dazu folgenden Beschluß: „Die Mitglieder beschließen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine Regelung der Arbeitszeit (d. h. Festsetzung einer Höchstzahl von Reichs wegen) und zur Einführung eines Achtuhr-Ladenschlusses einzutreten.“

Die Lohnkommission der Hamburger Drechsler hat der Innung folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung einer neunstündigen Arbeitszeit; 2. Zahlung eines Mindestlohnes von 40 Pf. per Stunde, bei Affordarkeiten sind diese Stundenlöhne zu garantieren; 3. Ueberstunden sind mit 25 pCt. und Sonntags- und Nachtarbeiten mit 50 pCt. Lohnzuschlag in Anrechnung zu bringen. Von der Drechsler-Innung sind folgende Zugeständnisse gemacht worden: Zu 1. eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit, zu 2. kein Minimal-, sondern ein Normalstundenlohn von 40 Pf. und zu 3. einen Lohnzuschlag von 10 pCt. für Ueberstunden- und Sonntagsarbeiten. Die Lohnkommission ist beauftragt worden, mit den Innungsmitgliedern noch einmal mündlich zu konferieren.

Lohnbewegung der Hamburger Schiffszimmerer. Die geforderte Lohnerbhöhung von 46 auf 50 Pf. per Stunde ist von den Verbleibern abgelehnt worden. Die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern sollen fortgesetzt werden.

Der Ausstand der Lederarbeiter in Elmshorn ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet.

Aus dem westfälischen Kohlenrevier läßt sich ein bürgerliches Blatt schreiben: „Die hohen Dividenden, die bei einigen industriellen Werken 20–30 pCt. betragen, legen es der Arbeiterschaft begriffschwermäße nahe, eine Lohnverbesserung zu verlangen. Verständlich die Forderung, die Grundsätze und Forderungen der ausgleichenden christlichen Gerechtigkeit, so würden sie aus sich eine solche eintragen lassen. Aber leider fehlt es dazu — meist sehr an der Erkenntnis, welche sozialen Pflichten solche hohen Gewinne den Besondereigentümern und Leitern auferlegen.“ Stimmt! Aber nicht nur im westfälischen Kohlenrevier, sondern allorts speeren sich die Unternehmer den Teufel um soziale Pflichten und ausgleichende christliche Gerechtigkeit; selbst wo ihnen die Gesetzgebung derartige Pflichten auferlegt, suchen sie in jeder Weise zu umgehen. Hier kann nur ein Helfer: eine starke, alle zu einem bestimmten Industriezweig gehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen umfassende gewerkschaftliche Organisation.

200 Schuhmacher haben in Hannover die Arbeit eingestellt. Der Streik wendet sich gegen die schlechten Löhne und die lange Arbeitszeit. Mit der Innung konnte bei den Verhandlungen keine Einigung erzielt werden, weil man den Arbeitern einen Lohn-tarif vorlegte, der theilweise unter die jetzige Lohnhöhe herunterging. Die von den Arbeitern verlangte Verfassung wurde gänzlich von der Innung verworfen. Bewilligt haben bisher 23 Arbeitgeber mit 40 Gesellen. Die Streikenden gehören alle der Organisation an.

Aus Dt. Krone wird von einem Streik der an dem Bahnbau Di. Krone-Virchow beschäftigten Arbeiter berichtet. Die meist von auswärts zusammengezogenen Leute legten am 4. Oktober die Arbeit nieder. Es wurde wie gewöhnlich eine größere Menge Polizei aufgeboden, angeblich, weil die Arbeiter Ausschreitungen verübten. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Müller von Dt. Krone fanden Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Beauftragten der Arbeiter statt, die zu einer Einigung führten. Schon am nächsten Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Buch- und Steindruckerei Dusch u. Co. in Straßburg i. Elß sind zwischen den Steindruckern und der Geschäftsleitung Differenzen ausgebrochen, die zur ArbeitsEinstellung geführt haben.

Ausland.

Die Situation in Paris ist noch die gleiche, immer neue Kategorien von Arbeitern schließen sich dem Ausstande an. Das Komitee der Bauarbeiter-Gewerkschaften richtet an die Gewerkschaften des In- und des Auslandes einen warmen Appell, die Streikenden zu unterstützen.

„Mehr als hunderttausend Eurer Arbeitsbrüder“, so heißt es dort, „stehen im Streik und dauert der Kampf auch nur kurze Zeit, werden sie mit ihren Frauen und Kindern in Noth und Elend gerathen. Wir hoffen, daß Euerer Solidarität sich auch uns gegenüber betheiligen wird, sodas wir unsere berechtigten und bescheidenen Forderungen werden durchsetzen können.“ Einwendungen sind zu richten an die Bourse Centrale du Travail, Paris.

Die Verdächtigung, daß der Generalkongreß von ausländischen Agitatoren propagiert werde, geht von den Unternehmern aus. Diese haben, wie die „Revue Republique“ mittheilt, diese verläumderische Nachricht in tausenden von Exemplaren an die Mauer von Paris auslagern lassen.

Dem „Matin“ zufolge erklärten die Vertreter der Erdarbeiter, die Arbeit erst dann aufzunehmen, wenn auch die Forderungen der übrigen Gewerkschaften, mit denen sie sich solidarisch erklärt hatten, erfüllt seien. Die Vertreter bedarfen hierbei, obgleich der Präsident des Gemeinderaths ihnen die Gefahren eines Zusammenstoßes mit den Truppen, ja sogar die für den Fall von Unruhen die Republik bedrohenden Gefahren vor Augen hielt.

Der „Figaro“ will wissen, die Mehrheit der Eisenbahnarbeiter und Bediensteten in der Provinz sei gegen den Streik. Die Genossenschaft der Bahnbefahrten, welche für den Ausstand thätig ist, betrage kaum ein Zwanzigstel sämtlicher Bahngestellten.

In den Bureaus des Municipal- und des Provinzialraths wurde dem Streikkomitee versprochen, die Wünsche der Ausständigen bei den Ministern für den Handel und für die öffentlichen Arbeiten zu unterstützen, falls sie für die Arbeiten bei den Ausstellungsbauten und für den Eisenbahnbau dieselben Zugeständnisse verlangen würden, wie sie solche für die städtischen Arbeiten erlangt hätten.

Das Generalsekretariat der Vereinigten Maschinenbauer Englands hat soeben eine umfangreiche, im höchsten Grade werthvolle Arbeit vollendet. Es hat ein Buch herausgegeben, in welchem eine Geschichte des großen Maschinenbauer-Streiks enthalten ist. Die Ursachen des Konflikts und der Verlauf desselben sind in seinen einzelnen Phasen nur kurz mitgetheilt. Der Hauptwerth des Buches besteht aber darin, daß alle auf den Streik beziehentlich die Ausperrung bezüglichen Aftenstände darin zusammengestellt sind. Die Briefe, welche zwischen den Sekretären der Unternehmer und der Maschinenbauer, sowie zwischen diesem und den anderen Gewerkschaften gewechselt worden sind, kommen da zum Ausdruck. Die Manifeste der Gewerkschaft und der Unternehmer an das Publikum, die Kundgebungen des englischen Arbeitsamtes, die von den theilnehmenden Organisationen und von dritten gemachten Einigungsvorschläge, schließlich die bei den Einigungsverhandlungen von beiden Seiten aufgestellten Resolutions — alles das ist in chronologischer Reihenfolge zusammengestellt. Beigefügt sind ferner einige hervorragende Artikel, die über den Kampf in englischen und ausländischen Blättern erschienen sind. Auch eine genaue Abrechnung über die Kosten des Streiks und ihre Deduktion durch die obligatorischen Beiträge der Mitglieder und der freiwilligen Zuwendungen von in- und ausländischen Gewerkschaften und sonstigen Gebern finden wir verzeichnet. Dabei ist zu beachten, daß nur die Gelder, welche durch die Kasse der Vereinigten Maschinenbauer gegangen sind, hier verzeichnet sind; nicht berücksichtigt sind die Summen, welche durch das Vereinigte Komitee zur Vertheilung gelangten.

In der Kasse der Maschinenbauer liefen für Streikzwecke insgesamt ein: 8 630 755,75 M.; davon wurden verausgabt: 3 571 387,50 M. Ueber eine halbe Million Mark, nämlich 507 987,50 M., gingen vom Ausland ein, gewiß ein schönes Zeichen

Internationaler Solidarität. Der deutschen Arbeiterkraft gereicht es zur besonderen Ehre, daß sie mit 201 510 M. an der Spitze steht. Die englische Arbeiterkraft selbst hat die Hilfe aus Deutschland in freudigem Erkennen gesucht. Nach Deutschland kommt Australien mit etwas über 100 000 M. und dann folgen die anderen Länder in langen Abständen.

Das Buch liefert nicht nur umfangreiches Material zur Beurteilung des Maschinenbauer-Streiks, es wird auch dauernden Werth behalten und späteren Geschichtsschreibern wertvolle Aufschlüsse geben über die Arbeiterbewegung und das Wesen der gewerkschaftlichen Kämpfe am Ende des 19. Jahrhunderts überhaupt.

Unternehmer-Verbände.

Wie die Unternehmerverbände wirken. Immer enger schließen sich die Unternehmer zusammen. Kein noch so unbedeutender Zweig der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie ist mehr ohne Unternehmerverband. Die Herren wissen auch, warum sie sich das „Joch“ der Vereinigung auflegen. Sie können so „unterjocht“ die flotte Zeit trefflich ausnützen. Wie rühmig die Hütten- und Fabrikbesitzer sind, mag folgende Tabelle beweisen.

	Januar 1886	Januar 1892	Januar 1893
Rheinland-Westfalen	41 M.	51 M.	59 M.
Sachsen	45	54	60
Rassau	40	49	58
Bieherei-Rohreisen:			
Rheinland-Westfalen	49 M.	57 M.	60 M.
Sachsen	53	58	61
Bessemer-Rohreisen:			
Rheinland-Westfalen	45 M.	59 M.	65 M.
Thomas-Gilchrist-Eisen:			
Rheinland-Westfalen	39 M.	48 M.	60 M.
Stab-Eisen:			
Rheinland-Westfalen	102 M.	125 M.	128 M.
Sachsen	100	120	128
Harz-Hannover	103	120	120
Walz-Draht:			
Rheinland-Westfalen	110 M.	115 M.	123 M.
Ordinärer Vauguf:			
Sachsen	120 M.	130 M.	130 M.
Rassau	130	131	140
Gußeiserne Oefen etc.:			
Sachsen	150 M.	180 M.	184 M.
Schwerer Maschinenbau:			
Sachsen	150 M.	170 M.	190 M.
Dampfmaschinen, Kessel, Turbinen:			
Sachsen	553 M.	620 M.	606 M.

Unser Leser sehen, die Unternehmer sind eifrig an der Erhöhung ihrer Löhne. Sie lassen sich auch nicht von anderer Seite hineinreden in ihre Geschäfte. Bei den Arbeitern erdreistet sich jeder Schmach, ihnen vorzurechnen, wie sie so hohe Löhne verdienen und nun alle Ursache hätten, zufrieden zu sein. Wo ist der zufriedene Unternehmer?

Verweigerte Oberschlesische Walzwerke. Die Haupt-Verwaltung theilt mit: In der am 10. September in Katowitz stattgehabten Hauptversammlung der Vereinigten Oberschlesischen Walzwerke wurde festgestellt, daß die in der Zwischenzeit für Verkäufe für das vierte Vierteljahr freigegebene Menge mit den um 5 M. für die Tonne erhöhten Preisen glatt und schnell untergebracht worden ist. Es wurde danach für den ferneren Verkauf eine weitere Preiserhöhung in Aussicht genommen. Der Beschäftigungsstand der Vereinigten Werke ist berichtig, daß durchgehends Lieferfristen von 10 bis 14 Wochen gefordert werden müssen. Gleichzeitig wurde in der Versammlung der Grundpreis für Verkäufe nach Ausland um 5 M. die Tonne erhöht, da auch hier die Nachfrage stetig steigend ist und die Werke auch dorthin ihren Lieferungsverpflichtungen nur schwer nachkommen können.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat. Wie berichtet wird, ersucht der Vorstand des Syndikats die Verbandszweige durch ein besonderes Rundschreiben, die jetzt gültigen Preise für Einzelaufträge für die Wintermonate (September bis Februar einschließl.) um eine Mark für die Tonne Kohlen zu erhöhen, solche Bestellungen indes nur dann zur Ausführung zu bringen beziehungsweise nur dann zur Ausführung entgegenzunehmen zu wollen, wenn in der betreffenden Kohlen-sorten freie Mengen vorhanden sind. Dagegen ist letzteres belamlich nicht der Fall, da die Zechen vielfach nicht einmal in der Lage sind, den laufenden Anforderungen ihrer Abnehmer zu entsprechen. Die Annahmen der letzteren um verstärkte Lieferungen werden vielmehr immer dringender, so daß das Syndikat neue, ihm zugeordnete Aufträge einfach ablehnen muß. Die Entgegennahme von Einzelaufträgen seitens der Zechen kann sich daher nur auf Ausnahmen beschränken.

Westfälisches Koals-Syndikat. Der Koalsverband der Mitglieder des Koals-Syndikats besitzerte sich im Monat August d. J. auf 555 838 To. (gegen 534 330 To. im Juli d. J. und gegen 512 447 To. im August 1897). Von den 555 838 To. entfallen 17 792 To. auf die Privatloferen, 803 To. auf den Landablag und der Rest von 537 243 To. auf die Verbandsloferen selbst. Der Koalsabsatz im August d. J. war noch um 4,03 pCt. größer als im Juli d. J. und noch um 8,47 pCt. größer wie im August 1897. Außerdem stellte sich aber auch der Koalsverband im August d. J. so hoch, wie noch in keinem Monat vorher. Insgesamt wurden vom 1. Januar bis 31. August d. J. 4 137 597 To. Koals (gegen 3 922 150 To. im gleichen Zeitraum 1897) hergestellt und zur Verwendung gebracht. Das diesjährige Mehr macht demnach 215 445 To., oder 5,49 pCt. aus!

Soziales.

Die Statistik der wichtigsten Ergebnisse der preussischen Berg- und Hüttenindustrie in den Jahren 1892/97 gewährt ein anschauliches Bild des Aufstiehs dieser Industrie in dem genannten Zeitraum. Die Steinkohlen-Produktion ist von 65,7 Millionen Tonnen à 20 Zentner auf 84,3 Millionen Tonnen oder um nahezu 28 pCt. gewachsen. Verhältnismäßig noch rascher ist die Erzeugung von Braunkohlen gestiegen; sie nahm von 17,2 bis zu 24,2 Millionen Tonnen oder um über 40 pCt. zu. Bismuth gleich Schritt hielt mit der Kohlen- die Salzsäure-Produktion. Steinsalz stieg von 245 000 auf 311 000 Tonnen oder um 60 pCt., andere Salzsäure von 502 000 auf 648 000 Tonnen, also immerhin noch um 28 pCt.

Von den Erzen weist allerdings nur das Kupfererz mit einem Mehr von 124 000 Tonnen oder beträchtlich über 20 pCt. eine nennenswerthe Steigerung auf. Allein die Statistik der Hüttenproduktion zeigt auch, daß keine Stodung, sondern starker Fortschritt die Signatur der Zeit war. In Hobeisen wurden 1897 4 892 000 Tonnen, in 1892 3 439 000 Tonnen erzeugt, mithin mehr 1 453 000 Tonnen oder über 40 pCt.

Auch die übrigen Erzeugnisse der Hüttenindustrie stiegen, wenn auch nicht in dem gleichen Maße; so Zinn um 11 000 Tonnen oder etwas über 8 pCt., Blei um 23 000 Tonnen oder 38 pCt., Kupfer um 5000 Tonnen oder nahezu 25 pCt., Bitriol um 4000 Tonnen oder 33 1/3 pCt.

Von Interesse erscheint auch die Thatsache, daß während die Silberproduktion einen kleinen Rückgang aufweist, die Goldproduktion sich von 116 auf 1087 Kilogramm gehoben, mithin nahezu verdreifacht hat.

Krankentafelwesen. Der Krankenliste des Deutschen Privatbeamten-Vereins (D. V.) zu Magdeburg ist vom Reichsanwalt von neuem die Versicherung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, dem § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Die Viehhändler-Vereinsgenossenschaft, die vor etwa zwei Jahren errichtet wurde, hat Unfallversicherungs-Vorschriften ausgearbeitet und vom Reichs-Versicherungsamt genehmigt erhalten.

Aus Waldenburg i. Schl. wird uns mitgeteilt: Unserer Stadt wird durch die Kohlegruben das beste Trinkwasser entzogen. Hinzu kommt, daß das Klarbassin, wo das geringere Wasser (Grubenwasser) gereinigt werden soll, durch die Gruben-schadhaft geworden ist. Wie es heißt, findet sich niemand, der die Reparatur dieses Bassins auf sein Risiko übernehmen möchte, da befürchtet wird, man werde bei dieser Arbeit verunglücken. Die Einwohnererschaft muß sich nun mit unfiltrirtem Wasser behelfen. Daß Mangel an gutem Trinkwasser Krankheiten Vorschub leistet, ist bekannt.

Der diesjährige praktisch-soziale Kursus des Volksvereins für das katholische Deutschland ist in Stralburg i. E. eröffnet worden. Derselbe ist der siebente in der Reihe seiner Vorgänger. Die früheren Kurse tagten 1892 in M. Gladbach, 1893 in Bamberg und Reiffa, 1894 in Freiburg i. B., 1895 in Dortmund, 1896 in Schwab. Gmünd. Von den Teilnehmern an dem heurigen Kursus sind zu nennen Prof. Dr. Hike, Abg. Dr. Jäger-Speyer, Dr. Eiben-Deidesheim, Abg. Frhr. v. Köh. Oberamtsrichter Pöhlert-Mannheim, sowie die eifrigsten Abgeordneten Hatz, Delfor, Wetterlé. Bereits am Eröffnungstage lagen etwa 1000 Mitglieder-Anmeldungen zum katholischen Volksverein vor. Die Abhaltung des diesjährigen Kursus in der Hauptstadt Elsaß-Lothringens wird als ein Erfolg derjenigen Strömung innerhalb der kirchlichen Landespartei angesehen, die den engeren Anschluß der Elsaß-Gruppe um Reichstag an die deutsche Zentrumspartei anstrebt.

Geriichts-Beitrag.

Um zwei Gläser Bier willen hat sich der Kriminal-Schuhmann Franz Hermann Hönow, der gestern vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I stand, unglücklich gemacht. Er war beschuldigt, gemeinschaftlich mit dem Buchhalter Wilhelm Gottlieb Buch und Urdun, die ihm in seiner Eigenschaft als Beamter zugänglich waren, beiseite geschäftet und gefälscht zu haben. Er hatte den Angeklagten Buch im vorigen Herbst gelegentlich äußerlicher Recherchen kennen gelernt. Im Frühjahr dieses Jahres war es Buch, der zwei Vorstrafen auf dem Kerkholz hatte, gelungen, Anstellung bei einer Versicherungsgesellschaft zu finden, die aber von der Verbringung eines Führungspasses abhängig gemacht worden war. In seiner Sorge, daß durch Inanspruchnahme der Polizei seine Vorstrafen bekannt werden könnten, wandte er sich an Hönow und beschwor ihn, ihm hoch zu helfen und Mittel und Wege zu finden, um sein Strafregister verschwinden zu lassen. Hönow erklärte dies zunächst für unmöglich, er ließ sich aber schließlich doch von den Bitten und Thränen des Buch rühren und ergriff nun ein ganz verhängenes Mittel, das darin bestand, die Akten und Strafen des Buch verschwinden zu lassen, von den letzteren aber Abschriften ohne Strafvermerk anzufertigen und diese für die Originale unterzuziehen. In dem 27. Polizeirevier, in welchem Buch wohnte, ließ sich die Sache nicht machen, weil dort die Strafen des Buch zufällig bekannt sein konnten, selbst wenn das Strafblatt aus dem Personalakten entfernt und der Strafvermerk aus dem Revierbuch ausradirt würde. Hönow meldete den Buch deshalb nach dem 99. Polizeirevier an, weil er dort früher stationirt war und auf dem Revierbureau Beschäftigung fand. Er bewirkte, da er in seiner Eigenschaft als Kriminalschuhmann zur Einleitung von Recherchen dort Zutritt hatte, selbst die Eintragung in das Revierbuch und legte die bereits vorher gefertigte Abschrift eines leeren Registerblattes ohne Strafvermerk in den bestimmten Kasten. Buch wurde auf diese Weise, ohne daß das 99. Revier etwas von seiner Anmeldung wußte, in das Revierbuch als im Hause Puttbuscherstraße 46 angeblich wohnhaft eingetragen, während er thatsächlich noch im 27. Revier weiter wohnte. In letzterem hatte ihn Hönow wiederum aus dem Revierbuch als nach der Puttbuscherstraße verzoogen ausgetragen. Das Strafblatt und das Registerblatt hatte er sich angeeignet, ebenso die Personalakten, das Blatt der Abteilung IV und das große Registerblatt aus dem Kasten des Einwohner-Meldeamts. Beide Angeklagten fertigten darauf von den Registerblättern u. s. w. Abschriften mit Weglassung des Strafvermerks, die dann Hönow an Stelle der Originale in die betr. Kästen legte. Die Strafakten und die Originalblätter sind in der Buch'schen Wohnung verbrannt worden. Nachdem Buch unter Angabe der signirten Wohnung ein Gesuch um Ausstellung eines Zeugnisses beim Polizeipräsidenten gestellt und dasselbe ohne Strafvermerk erhalten hatte, machte Hönow wieder in beiden Revieren die Aus- und Eintragungen in den Büchern und verlegte Buch wieder aus dem 99. Revier in das 27. Revier. Ein Zufall hat schließlich zur Entdeckung der beispiellosen Täuschung geführt. Das letztgenannte ist, daß Hönow außer einigen Gläsern Bier Vorheise für seine Liebedienste nicht empfangen hat. Rechtsanwält Dr. Schwindt machte dies besonders als mildernden Umstand für ihn geltend und führte dem Gerichtshof vor, daß sich der Angeklagte durch seine unbegründete Handlungsweise um sein ganzes Lebensglück gebracht und dadurch schon selbst schwer bestraft habe. Rechtsanwält Arnold Goldstein hatte juristische Bedenken gegen eine „Wittäterschaft“ des Angeklagten Buch, der sich nur der Beihilfe schuldig gemacht habe. — Der Gerichtshof verurtheilte Hönow zu sechs Monaten, Buch zu neun Monaten Gefängnis.

Durchsuchungen im Strafgewahrsam zu Pöhlensee beschäftigt wiederum die I. Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank saßen der ehemalige Gefangenenaufsicher August Kater und dessen Schwiegermutter Wittve Joachim Krüger, ersterer unter der Anklage, als Beamter für Handlungen, welche eine Verletzung von Amts- und Dienstplichten enthalten, Geschenke und Vortheile angenommen oder gefordert zu haben, die Krüger unter der Beschuldigung der Beihilfe. Der seit dem 21. Mai in Untersuchungshaft sitzende Kater ist seit 1892 als nicht-ständiger Aufsicher, dann als ständiger Aufsicher und schließlich von 1895 ab als etatsmäßiger Aufsicher bei dem Strafgewahrsam zu Pöhlensee angestellt worden. Er ist geständig, zahlreichen, seiner Aufsicht unterstellten Gefangenen unerlaubte Vergünstigungen gegen Entgelt und Gewährung anderer Vortheile gewährt und vermittelt zu haben. Hauptächlich hat er dies in der Zeit vom 1. April 1897 bis Ende August 1897, als er den Nachdienst auf der Station VI hatte, getan. Er hat insbesondere unerlaubte Korrespondenzen zwischen Gefangenen und deren Angehörigen vermittelt, für die Gefangenen Sendungen von Lebensmitteln und Geld in Empfang genommen, zum theil auch Pakete, die für die Gefangenen bestimmt waren, durch seine Schwiegermutter abholen lassen. Für jeden dieser Liebedienste hat er sich kleinere Geldsummen, die von 1,50 bis zu 3 M. gingen, geben lassen, theils hat er von den Angehörigen Waaren und Darlehen empfangen. Staatsanwalt Chrzescinski erachtete ein so schamloses Treiben für um so strafwürdiger, als dadurch die gleichmäßige Behandlung der Strafgewahrsamen und die Zwecke des Strafvollzuges völlig illusorisch gemacht wurden. Er beantragte gegen Kater 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Frau Krüger 6 Monate Gefängnis. Die letztere brach infolge dieses Antrages ohnmächtig zusammen und war längere Zeit behandlungsunfähig, sodaß die Verhandlung unterbrochen werden mußte. Rechtsanwält Weder II machte eine Reihe von Widerungsgründen für den Angeklagten Kater geltend, die es rathlich erschienen ließen, ihn nicht ins Zuchthaus zu schicken, sondern mit einer Gefängnisstrafe davon kommen zu lassen. Das Urtheil lautete gegen den Angeklagten Kater auf 1 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft, gegen Frau Krüger auf 1 Woche Gefängnis.

Ein frivolcs Spiel mit Menschenleben hatte der Viehhändler Friedrich Franz Max Neuenfeld getrieben, welcher sich gestern vor der I. Strafkammer am Landgericht II wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung, wegen fahrlässiger Tödtung und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Angeklagte betreibt neben seinem Viehhandel eine Futterlocherie, deren Produkte er theils verkauft, theils aber selbst verbraucht, da er Schweine in großen Mengen mästet. Die Anlage befindet sich auf einem Grundstück in der Berlinerstraße 1 in Weizensee, welches nominell der Mutter des An-

geklagten gehört. Im Mai d. J. ließ der Angeklagte einen zweiten Dampfessel für die Futterlocherie nebst einem neuen Kochapparat aufstellen. Die Montage wurde dem Resselmeister Heinrich Hempel zur Ausführung übertragen. Am 28. Mai wurde die Abnahme der neuen Anlage bei der zuständigen Gewerbe-Inspektion beantragt, aber als der königliche Gewerbe-Inspektor W a y o l d die Anlage untersucht hatte, verweigerte, weil die Anlage so viele Mängel aufwies, daß der Betrieb ohne die größte Gefahr undenkbar war. Namentlich war der Kochapparat aus nur dünnem Blech gearbeitet, daß er nicht im Stande war, auch nur schwachen Dampfdruck auszuhalten. Die Verschlußschrauben waren nicht versichert, so daß sie sich selbst lösen konnten. Solcher Mängel gab es noch mehr. Der Gewerbe-Inspektor ordnete deshalb eine ganze Reihe von Verbesserungen und Aenderungen an, erklärte aber ausdrücklich, daß selbst in dem Falle, daß alle diese Aenderungen vorgenommen würden, der Kochapparat doch noch nicht geeignet sein würde, daß mit direktem Dampfe in ihm gelocht werde. Es dürfe auch dann nur mit indirektem Dampfe gelocht werden. Der Beamte hat auch den Angeklagten, dessen Frau und dessen Mutter ausdrücklich auf die Gefahren aufmerksam gemacht, welche aus der Inbetriebsetzung der fehlerhaften Anlage entstehen könnten. Auf Veranlassung des Revolutionsbeamten setzte auch der Amtsvorstand den Angeklagten schriftlich davon in Kenntniß, daß der Betrieb amtlich geschlossen sei und im Falle des Zuwiderhandelns die zwangsweise Schließung erfolgen würde. Trotz alledem hat der Angeklagte die beanstandete Anlage nach wie vor in Betrieb gesetzt. Als er häufig von Gendarmen kontrollirt wurde, da sie es des Nachts kochen und zwar bei verhängten Fenstern. Montag, den 18. Juni, nachmittags 3-4 Uhr, trat plötzlich eine Explosion des Ressels und Kochapparates ein. Der Apparat bedienende Arbeiter Dietrich wurde zu Boden geworfen und erlitt zunächst einen Bruch des rechten Fußes. Die glühende Kochmasse lief dem am Boden liegenden Arbeiter über den ganzen Körper. Der Kutcher Schulz, der sich in demselben Raume befand, wurde ebenfalls an vielen Stellen des Körpers schwer verbrüht, konnte aber noch die Küche verlassen und auf dem Hofe um Hilfe rufen. Herbeigeholte Personen holten den Arbeiter Dietrich aus der heißen Flüssigkeit heraus. Die Haut hing in Fetzen vom ganzen Körper herab. Der Verletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht, starb aber daselbst schon am nächsten Tage an den Folgen der Verbrennung. Der ebenfalls schwer, aber doch relativ weniger verbrühte Arbeiter Schulz mußte ebenfalls nach dem Krankenhaus gebracht werden. Dort hat er drei Wochen und später außerhalb noch sieben Wochen als Rekonvaleszent zugebracht, ist aber nun gänzlich geheilt. Auf Grund aller dieser Vorgänge wurde die Anklage gegen Neuenfeld erhoben. Staatsanwalt Chrzescinski betonte in seinem Plaidoyer, daß der Angeklagte in frivolster Weise mit Menschenleben gespielt habe, weshalb er ein Jahr und sechs Monate Gefängnis in Antrag bringe. Der Gerichtshof blieb nur eine Minute im Verhandlungsraum und verurtheilte dann, daß der Angeklagte im vollen Umfange der Anklage schuldig sei. Derselbe sei ein Mann, der mit dem Leben und der Gesundheit seiner Mitmenschen höchst leichtfertig umspringt, sofern sein materielles Interesse in betracht kommt. Gesetz und polizeiliche Anordnungen erscheinen ihm nebenächlich, er glaubt alles mit Geld abzumachen. Er hat mit voller Kenntniß der Gefahr den Betrieb eröffnet, wenn er auch gehofft hat, daß die Gefahr nicht eintreten werde. Deshalb sei auf ein Jahr Gefängnis erkannt und die sofortige Verhaftung des Angeklagten angeordnet worden. Bei dieser Verurteilung ereignete sich eine erröthete Scene. Mutter, Frau, Schwiegermutter und andere Verwandte begannen laut zu schreien und suchten auf Anordnung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Gory, aus dem Saale befördert werden. Mit gerungenen Händen bat der Angeklagte um seine Entlassung, mit Rücksicht auf sein einziges Kind möge der Gerichtshof Mitleid mit ihm haben. Kalt und streng erwiderte der Vorsitzende: „Haben Sie Mitleid gehabt mit den Menschen, die Sie an den Kessel und damit an den Tod stellten? Und das waren doch auch Menschen! Gerichte-biener, führen Sie den Angeklagten ab!“

Wegen Beilegung eines „arzstäblichen Titels“ wurde der „Heilwundige“ Harder auf Grund des § 147 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung verurtheilt, weil er, ohne approbirt zu sein, in das Scherliche Adreßbuch neben seinem Namen die Bezeichnung „Spezialist für Haut- und Geschlechtsleiden“ hatte aufnehmen lassen. Darderte beim Kammergericht Revision ein und machte geltend, daß der Vordrucker die in betracht kommende Gesetzesbestimmung durch falsche Anwendung verletzt habe. In der Bezeichnung „Spezialist für Haut- und Geschlechtsleiden“ sei nicht ein Titel zu sehen, der den Gläubigen erweiden könne, sei eine in Deutschland approbirt Medizinalperson. Der Strafenat des Kammergerichts war in diesem der Meinung, das Landgericht habe mit recht angenommen, daß jener Titel vom großen Publikum sehr leicht in dem vom Angeklagten bestrittenen Sinne ausgelegt werden könne. Die Revision wurde deshalb als unbegründet zurückgewiesen.

Aus Halle a. S. wird uns vom 10. Oktober berichtet: Unangenehme Polizeigeschichten kamen in der letzten Schlußperiode zur Sprache. Die früher bei Reudenmännchen als Aufwärterin thätig gewesene unverschämte Auguste Hennig von hier wurde wegen Meineids prozessirt und dabei beklagte der Zeuge Kupfermeister Albert Oehme unter seinem Eide, daß er auf Grund solcher Aussagen eines früheren Polizeisergeanten, der auch die Hennig zum Meineid überredet haben soll, u. s. w. die Hennig wegen wissenschaftlicher Anschuldigung zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt worden ist. Eine Aufwärterin Anna Schwany erklärte unter dem Eide, daß Schausleute in Uniform und Hülz öfter in dem Reudenmännchen Freudenhause verkehrt und dort Bier gratis angenommen haben. Oehme hat seine Strafe, wie durch die heutige Beweisaufnahme augenscheinlich festgestellt worden ist, unschuldig verbüßt und daher wurde die Angelegenheit behufs weiterer Beweis-erhebung vertagt. Hoffentlich kommt der Unschuldige durch die Ermittlung der Wahrheit zu seinem Rechte.

Wegen Förderung der Böllerei hatte der Bezirksauschuss zu Potsdam dem Restaurateur W. Schmidt in Charlottenburg die Konzession zum Schankwirthschafts-Betriebe entzogen. In seinem Lokal, wo Kellnerinnen bedienten, hatte ein achtzehnjähriger Jüngling in einem Zuge etwa 400 M. vertheilt. Das Vorermomente mit weiteren 500 M. ist dem jungen Manne bei der Gelegenheit auf eine noch unaufgeklärte Weise abhanden gekommen. Er hatte vor dem Gericht behauptet, er sei animirt worden, während die ebenfalls als Zeugin vernommene Kellnerin dies bestritt. Das Gericht zog in betracht, daß dem Zeugen Champagner für 10 und 20 M. die Flasche verkauft worden ist und nahm an, es sei dem Schmidt darum zu thun gewesen, dem unerfahrenen Menschen möglichst viel Geld abzuzwecken. Das Ober-Vollzugsgericht, an das sich Sch. noch wandte, bestätigte die Entscheidung des Bezirksauschusses.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aussig a. S., 11. Oktober. (B. S.) Am 23. d. M. hatten hier die deutsch-radikalen Vertrauensmänner Nordböhmens eine große Protestversammlung gegen die neue Taktik der deutschen Opposition im Abgeordnetenhause ab.

Paris, 11. Oktober. (B. T. V.) Auf den großen Baustellen arbeiteten heute gegen 3000 Personen, gestern 1200. Die „Liberté“ behauptet, die Metallarbeiter von Paris und in der Provinz hätten sich in betreff des Gesamtstandes verständigt und hoffen auf den Anschluß der Vakubienarbeiter.

Verständene am Ausnahme betheiligte Arbeitergenossenschaften, welche heute Nachmittag in der Arbeitsbüro Versammlungen veranstaltet hatten, stimmten für Fortsetzung des Ausstandes.

Rom, 11. Oktober. (B. S.) Der Ministerrath bewilligte die Erhöhung des Budgets für Neubauten von Kriegsschiffen von 19 auf 30 Millionen Lire pro Jahr.

Petersburg, 11. Oktober. (B. S.) Die Abrüstungskonferenz wird Anfang Januar nach der Rückkehr des Jaren und Kurawiew's in Petersburg stattfinden.

Communales.

Die Wahlen und die städtischen Arbeiter. Aus dem Rath...

In der Angelegenheit des Professor Baron'schen Ver...

Lokales.

Strafe muß sein. Die „Kreuz-Ztg.“ leitartikel über die in...

Die Reise nach Jerusalem. Neben einer Anzahl geistlicher...

Müßig Blut! Die unangenehm es manchen Unternehmern ist...

Rachdem dem sozialdemokratischen Agitator Weinberg...

Frei Dopp son. in Firma Gebr. Dopp. Zu dieser Zuschrift...

Die westliche Vorortbahn-Gesellschaft hat jetzt Arbeiter-Wagen...

Von der Leitung des Wöchnerinnenheims erhalten wir...

Wöchnerinnenheim Aufnahme finden wollen, haben sich rechtzeitig...

Um eine schleunige Verbreiterung der Corneliusbrücke zu...

Zur Bluthat in der Zionstraße wird mitgeteilt, daß die...

Recht unangenehme Zustände sind es, unter denen die Be...

Auf der Stadtbahn ist vorgestern Nachmittag der 23 Jahre alte...

Tod durch Medizinerwechselung. Der 35 Jahre alte Maler...

In einem Herzschlag ist am Montag Abend der 53jährige...

Zu einem lebhaften Austritt kam es gelegentlich einer Hoch...

In der Werkstatt des Eisenbahnhofs verunglückte gestern...

Au der Volksschule Humboldt-Akademie, deren Eröffnung...

Von Kiehlings Berliner Verkehr ist dieser Tage die Winter...

Die Kunst-Schaubühne (Direktion Dr. Köppen und Dr. Stöckner)

Orgel-Konzert. Der Dienstliche Orgelvortrag in der Marienkirche...

Die deutsche Plakat-Ausstellung wird am Freitag Mittag...

Im Passage-Vanopistum finden die Tages-Vorstellungen des Be...

Der Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze (Einigungs-System)

Auf den Nachbarorten.

In der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung zu Schöneberg...

Obst-Kennntnis nehmen. Sodann fanden einige Magistratsvorlagen...

Die Frage des Beginns der Urwahlen zum Landtag be...

Der Ausschuh der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung...

Auf der neuen Vorortstrecke der Anhalter Bahn sind die...

Ein Unfall aus Hoppegarten. Eine skandalöse Prügelei...

Ueber ein Eisenbahn-Unfall wird amtlich gemeldet: Montag...

Versammlungen.

Eine Versammlung der Vergolder und Versilberer, die ungewöh...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittwoch, 12. Oktober.
Schauspielhaus, Schloffen.
Deutsches, Gynas von Bergerac.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Verliner. Baza. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veiling. Großmama. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reidens. Frühlingsschöne. Dienstag.
Gefühl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reuders. Schwan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Wallenstein's Lager. Die Piccolomini. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Der Streif der Schmeide. Dienstag. Der Postillon von Conjancau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Trauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Panica. Jodo's Streiche. Vorder: Der dritte Kopf. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Oftend. Schilf (el. Wwe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Der Weichenreifer. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Heinrich Heine. Vorder: Eine Geheule. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Jubiläumstrasse 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Wittwoch:
Wallenstein's Lager.
Die Piccolomini.
Donnerstag:
Mauerblümchen.
Freitag:
Die Haubenlerche.
Sonnabend:
Bartel Turaxer.

Jugend-Garl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Schlantz sel. Wwe.
Gesangsdarbelle in 3 Akten von D. Paneld, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens. Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: „Berlin, wie es weint und lacht.“ Ferdinand: Carl Weiß.
Freitag: „Die Geier-Wally.“
Sonnabend: „Der Hüttenbesitzer.“
Sonntag: „Die Geier-Wally.“
Abends: „Robert und Dextran.“
In Vorbereitung: „Mitteln von Heilbronn.“
Carl Weißer von Straßl: César Bed vom Berliner Theater.

Luisen-Theater
34. Neuenbergerstrasse 34.
Abends 8 Uhr:
Jocko's Streiche
Burleske nach dem Englischen in 3 Akten von James Carlisle, deutsch von W. Sallis.
Joko: Paul Herbig
vom Apollotheater in Nürnberg.
Vorder:
Der dritte Kopf.
Voll in 1 Akt von Franz Wallner.
Nachmittags 3 Uhr: I. Schüler-Vorstellung.
Das Käthchen v. Heilbronn.
Besetzung der Bühne: I. Frau Balfon u. Leibke 30 Pf. I. Frau Pantrell, Mittel-Rang, Bantent u. I. Frau Sperlich 50 Pf., Parquet 75 Pf. 2c.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theaterhaus-Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. H. Höfer und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmeister G. Goldmann. Rosenkranz 1/2 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Die Geisha.
Sonntag Nachmittags zu bedeutend ermäßigtem Preise: Die Fiebermännchen.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Direktion: E. Waldmann.
Consuela Tortajada.
Prinzessin Pocahuntas.
Familie Agoust.
Jean Chermont. Montroses.
The Troubadours.
Kasseneröffnung 6 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt-Vorträge

Kunst-Schaubühne
in der Urania,
Invalidenstrasse No. 57.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
A. Böcklin
mit farbigen Bildern.
Parkett 1,-. Stehplatz 0,50.

„Künstlerhaus“
Berlin W., Bellevuestr. 3
(Bereit Berliner Künstler)
Permanente Kunstausstellung.
Eröffnung am 15. Oktober d. J.

Castan's
Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig
begraben!!

Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Der berühmte I. L. Sechsmeyer
Mr. Salytan
und seine Schülerin
Petö Aranka
Separat-Vorstellung tägl. Nachm. 3 1/2 Uhr. Son 6 Uhr ab: Théâtre-Variété ohne Extra-Entrée.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Olympia-Theater
(Circus Ronz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Größter
Schlager
der Saison
Anfang 8 Uhr.
Parquet 2,10 M. Inff. Garderobe.
Sonderverkauf 10 Uhr vorm.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute, Mittwoch, den 12. Oktober:
Goldener Boden.
Original-Posse mit Gesang in 4 Akten v. G. u. W. Noack. Musik v. Fr. Brandt.
Morgen, am Donnerstag:
Goldener Boden.

Mähr's Theater
Cranienstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-
Vorstellung.
Don Juan auf Cuba
Posse mit Gesang.
The tree Brothers Wells,
Ultrabotan an den hängenden Reiten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bänd haben Wochentags Willigkeit.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Weibel, Vietor, Britton, Pfeift, Krone, Nöhl, Schreiber und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr.
Sonder: Konzert.
Neues Programm.
Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf. Rum. Balkon 75 Pf., Balkon-Tage 1 M., Orch.-Log. 1,50 M., Fremden-Loge 2 M., Tageskasse 11-1 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Kassier Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von G. Sondermann u. Ch. Bickhoff. Complex von Alfred Vender. Musik von Curt Goldmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Die Geisha

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winter.
Täglich mit großem Erfolg:
Tantalus
oder: **Hungrige Liebe.**
Schwan in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Die Stadtrathswahl.
Posse mit Gesang und Tanz.
Gesamtauftritt des neuentworfenen Künstlers und Spezialitäten-Personals.
Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., Res. Platz 50 Pf. Vorverkaufsbillets haben Willigkeit.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Großer Lacherfolg.
Richard Winkler als Zimpef, Wilhelm Fröbel als Nöhl, Fahrrad-Dienstmann in der allabendl. um 8 1/2 Uhr mit feinstem Personal zur Aufführung gelangenen Ausstattungs-Gesangs-Posse
Berlin, wie es lebt und radelt!
Dazu das vorzügliche **Oktober-Programm.**
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 50 Pf. Kasseneröffnung eine Stunde vor Anfang. Vorverkauf Sonn. v. 11-1 Uhr.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 18
Täglich:
Hoffmann's Quartett.
Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluss:
Der liebe Onkel.
Aufführung in 4 Akten von Rudolph Knefel. Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
2 sensationelle Novitäten:
!! Adele's Geburtstag!!
Posse mit Gesang von F. Waldau.
Das Geheimnis der jungen Wamsell. Schwan mit Gesang von D. Rudolph. Neu! **Paul Rochelly.** Neu! Der Champion aller Baurechner. Neu! **Max Hildebrandt.** Neu! Der lustige Strohtrampel zu Pferde. Bänd haben an allen Wochentagen Willigkeit. - Direktion: **A. Kollg.** Kritischer Leiter: **A. Runge.**

Circus Busch
Wittwoch, den 12. Oktober 1898, abends 7 1/2 Uhr.
Elite-Abend.
Auftritt des Hrn. Franz Gebhardt, Ritter v. v., hiesiger Chef der I. L. spanischen Hofreitschule in Wien. Auszug sämtlicher Reitertruppen in prächtigster Ausstattung. Aufmerksamkeiten der Blumen, großer Ballet-Exhibitionen. Die neuen Freizeitsportarten des Direktor Busch. Unter anderem: Zum ersten Male: 4 Fuchshunde als Turmpiringer, wovon ein Hengst mit verbundenen Augen springen wird. Jeus u. Wöhler zeigen zusammen dreifach. Außerdem Auftritte aller neuentworfenen Reiterkünstlerinnen und Künstler.
Morgen, Donnerstag: Sport-Abend.

Homöopathische Kuren
bei Krankheiten des gesunden Nerven- u. Sexualsystems, besonders in rezidivierendem Fällen. Günstige Erfolge erzielt bei, wo die gewöhnlichen Arzneien nicht auszureichen vermögen. - Führet in der Praxis, der auf Verlangen zugängliche sind.
Homöopathische Ordinations-Anstalt
WIEN, Giselstr. 6.

Verene.
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Verene zu vergeben.
Fris Nagel.

Arbeiter-Bildungs-Schule

„Luisenhof“, Buckowerstr. 9. II.
Lehrplan für das IV. Quartal 1898.

Unterrichts-fach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Rede-Uebung	Referate und Diskussion über Thematn aus dem wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Leben.	Schriftsteller Richard Calwer	Montag
Geschichte	Drei Jahrhunderte wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kämpfe.	Schriftsteller P. Kampf-meyer	Dienstag
Gesetz-kunde.	Zivilprozess, Handelsrecht, insbesondere das neue Recht der Handlungsgesellen, Strafrecht, Strafprozesse, ev. Gewerberecht.	Rechts-anwalt Roth.	Donners-tag
National-Oeko-nomie.	Grundzüge der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelspolitik, Steuerfragen.	Schrift-steller Max Schappel.	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Rede-Uebung** Montag, den 10. Oktober, **Geschichte** Dienstag, den 11. Oktober; **Gesetz-kunde** Donnerstag, den 13. Oktober; **National-Oekonomie** Freitag, den 14. Oktober. - Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
Der erste Abend jedes Kurses steht Jedermann zum unent-geldlichen Besuch frei.
Ausserdem finden in kurzen Zwischenräumen Sonntags-Versammlungen statt.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt - am besten bei Beginn jedes Kurses - im Schullokal **Buckower-strasse 9** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthaler-strasse 57; Gleinert, Müllerstr. 7a.**
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Tempelhof-Berlin, Berlinerstr. 36**, Geldsendungen an den Kassirer **H. Königs, Berlin S. 69, Dieselstr. 60**, zu senden.
Der Vorstand.

Möbel und **Polsterwaren.** Beste Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 15878 Pf.
Franz Tutzauer, Brunnenstrasse 152.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste 33/13
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
„Hülfe!“ „Hülfe!“
Ohne ärztliche Untersuchung
kann männliche sowie auch **Jede weibliche Person** im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse „Hülfe“ für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. **Aufnahme kostenlos** im Bureau „Hülfe“, Berlin SO, Stallstr. 82, I (am Schleichen Thor).
Zahlstellen und Agenten allerorts gesucht! 161908

Für Magenleidende!
Allen denen, die sich durch Erfüllung oder Ueberfüllung des Magens, durch wenig mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heisser oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:
Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung ausgezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte
Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Subert Ulrich'sche Kräuter-Wein.
Dieser **Kräuter-Wein** ist aus vorzüglichen, heilkräftig be-fundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Abfährmittel zu sein. **Kräuter-Wein** beseitigt Störungen in den Blutgefässen, reinigt das Blut von verdorbenen krank-machenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.
Durch rechtzeitigen Gebrauch des **Kräuter-Weins** werden Magenleiden meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung anderen (scharfen, ätzenden Ge-sundheit schädlichen Mitteln vorzuziehen. Symptome, wie: **Kopfschmerzen, Aufstossen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen**, die bei chronischen (veralteten) Magen-leiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.
Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie **Verklebung, Blutanstauungen in Leber, Milz und Pfortader-System (Hämorrhoidalgefässen)** werden durch **Kräuter-Wein** rasch und gelind beseitigt. **Kräuter-Wein** beugt **Unverdaulichkeit**, verleiht dem Verdauungsorgan einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl untaugliche Stoffe aus dem Magen und den Gedärmen.
Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Ent-kraftung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Nahrung und einer krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher Appetitlosigkeit unter **nothwendiger Nahrung und Gemüthsberuhigung**, sowie häufigen **Kopfschmerzen, schlaf-losen Nächten**, stehen oft solche Kranke langsam dahin. **Kräuter-Wein** giebt der ge-schwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. **Kräuter-Wein** heiligt den Appetit, beherbergt Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, befeuchtet die Blut-bildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken Lebenslust. Zahlreiche An-erkennungsurtheile und Dankschreiben beweisen dies.
Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à 1,25 und 1,75 M. in sämtlichen Apotheken von Berlin und Berlins Vororten, sowie in Preußen, ganz Deutschland und im Auslande in den Apotheken.
Kuch verleiht die Firma „Subert Ulrich, Leipzig, Dörfstr. 82“, 3 und mehr Glaschen **Kräuter-Wein** zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und freier.
Vor Nachahmungen wird gewarnt!
Man verlange ausdrücklich
Subert Ulrich'schen Kräuter-Wein
Wein **Kräuter-Wein** ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: **Malzgerste 440,0, Weizen 100,0, Hafer 100,0, Roggen 240,0, Feinmalz 150,0, Gerste 320,0, Manna 30,0, Fenchel, Anis, Selenenwurzel, amerik. Kraftwurzel, Cayennawurzel, Kalmuswurzel aa 10,0. Diese Bestandtheile mische man.** 601898

Ein dreimal dommerdes Hoch dem Gönner des Vereins Florian Jesti zum heutigen Geburtstag. Von vier ehemaligen Mitgliedern des Vereins der harten Mitteltrinker.
Editor: Wagn. Heinrich, Martin.

Dankagung.
Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes **Paul Geyer** (sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen meines Mannes sowie den Chef der Firma **Willy Nach**, den besten Dank.
16109 **Emilie Geyer.**

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kreischmar u. Co.
Baranistr. 13,
(Magazin Annowerstraße), haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Ebenfalls bei der Firma
Robert Keller,
Königsbergerstrasse 4.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.

Möbelpolierer!
Bei **Glogowski & Comp.,** Gausstrasse 20, haben sämtliche Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
1478
Zuzug ist fernzuhalten!
Der Vorstand des Verbandes.

Blätterinnen auf Stehtrg. geschm. Umgelegt, und Rantetten in und außer dem Hause fertig. Schön-hauser Allee 167a, Stadtk. IV. *
Gedruckte Wamsell auf Damen-Jacke verlangt **Holzheimler, Roten-buler Damm 6, 1 Tr.** 14776
Hand-Knopf-Schneiderinnen werden gegen hohe Löhne in und außer dem Hause verlangt von **14508**
Wolf u. Lachmann, Bäckergäßel, Brunnenstr. 102.

Lehrling
für unser Kunst-Atelier für Porzellan-malerei gesucht. Off. u. M. 6 Exp. d. Bl.
Schürzen-Näherin,
flüchtige, verl. sofort Firma **Alfred Joseph, Kommandantenstr. 59 II.**
Stabierpfeiler verlangt, Bauernb., **Adlerstr. 35.** 15126
Convert-Stanzer
für Extrarformate findet dauernde Stellung. Offerten unter Chiffre L. 6 an die Exped. d. „Bor.“ 15115
Eine durchaus tüchtige **Stiepertin**, aber nur solche, die bereits in einer Fabrik thätig war, verlangt **G. Gumbus, Landwehrstr. 11.**
Wendekrause sucht 15007
Milchschubkarren, Landsbergerstr. 92.
20 Kartonarbeiterinnen finden noch dauernde Beschäftigung bei **Martin Pöhle, Rosenstr. 112.**
Kumpfarbeiterinnen auf Rindermilch verl.
Lambrecht, Bernauerstr. 49.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Porzellan.

Milchkannen, klein, farbig oder weiss mit Gold 10 u. 15 Pf.
 Leuchter, bunt 35 Pf.
 Butterdosen 30 Pf.
 Satztopfe, 6 Stück 1.65, 2.60, 3.90 Mk.
 Tassen mit Goldband 15 Pf.
 Kaffeebecher 10 u. 15 Pf.
 Brotteller, bunt 10 Pf.

Kaffee-Services.

für 1 Person 1.50, 2.50, 3 Mk.
 für 6 Pers. 9 Teile 2.50, 2.75, 4, 5 Mk. für 12 Pers. 16 Teile 8 Mk.

Waschgarnituren.

5 Teile, grosse Form, einfarbig gelb 1.50 Mk.
 5 Teile bunt 2.50, 5.50, 7, 9 Mk.

Porzellan blau Zwiebelmuster

Vorratstonnen 42 Pf. Kaffeebecher 8, 10, 13 Pf.
 Essigflaschen . . 42 Pf. Kaffeebecher 8, 10, 13 Pf.
 Oelflaschen . . . 42 Pf. Kaffeebecher 8, 10, 13 Pf.
 Butterdosen . . . 33 Pf. Milchtopfe 20 u. 33 Pf.
 Salz- und Mehlresten, 2 Grössen 65 und 95 Pf.

Glas.

Bierbecher, gesicht $\frac{2}{10}$ u. $\frac{1}{4}$ Liter 7 Pf.
 Bierbecher mit Goldrand, reich geschliffen 25 Pf.
 Biertulpen, geschliff. 22 Pf. mit Spruch 25 Pf.
 Bierkannen 45 Pf.
 Groggläser, geschliffen 22 Pf.
 Römer 25, 33, 45, 55, 90 Pf. 1.30 Mk.
 Hyazinth.-Gläser, weiss blau 10 Pf.
 Fruchtschalen, geschliffen mit Fuss 1.40 Mk.

Tafel-Services.

Porzellan, Blumenmuster für 6 Person. 25 und 33 Mk.
 für 12 Person. 30, 50, 67.50, 75, 95 Mk.

Französische Tassen, Kaffee- u. Tafelservices zu Ausnahme-Preisen

Wirtschafts-Artikel.

Haarbesen, graue Borste 65, 85 Pf. 1.10, 1.50 Mk.
 Rosshaar-Besen, poliert 1.90, 2.10, 2.40 Mk.
 Handfeger, graue Borste, 40, 45, 50, 60 Pf.
 Rosshaar-Handfeger, 65 u. 85 Pf.
 Schrubber 22 u. 28 Pf.
 Handfeger, Wurzel 35 u. 45 Pf.
 Küchenlampen 50, 60, 85 Pf.
 Korridorlampen mit Wandarm 45 Pf.

Emaile.

Wannen, Länge ca. 45 50 55 60 cm
 oval 1.45, 1.80, 2.20, 2.50 Mk.
 Waschgarnituren, dekoriert, 3 Teile 2.75 Mk.
 Dekorierte Eimer mit Deckel 1.90 Mk.
 Waschsüsseln mit Seifennapf, weiss oder hellblau 48 Pf., marmor. 50 Pf.
 Wasser-Konsole mit Mass, marmor. u. hellblau 38 Pf.
 Seifenhalter mit Haken 16 Pf.
 Kehrschaufeln, marmor. u. hellblau 35, 40, 48 Pf.
 Milchtöpfe, Durchm. ca. 9 10 11 12 cm
 marmoriert, 35 38 42 50 Pf.
 Schüsseln, weiss 42 Pf. marmoriert 48 Pf.

Wirtschafts-Artikel.

Zinkwaschfässer 9.25 u. 11.75 Mk.
 Fensterleder 40, 60, 80 Pf.
 Abstäuber, Wolle 35 Pf.
 Briefkasten 40 u. 75 Pf.
 Frühstücksdosen, mit Riemen, 35 Pf.
 Vernickelte Tablettes, 4 Grössen oval u. rund 30, 38, 45, 70 Pf.
 viereckig 38, 45, 50, 80 Pf.
 Stehleitern mit 6 7 8 Stufen 3 3.50 4 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/33 Versand-Abteilung. * Rosenthalerstr. 54/55 Ecke Gormannstr. * Oranienstr. 53/54

Wer sich ein gutes Fahrrad und alle Zubehörartikel billig beschaffen will, der trete der **Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer** als Mitglied bei, die durch ein degressives Sparsystem es auch den wenig Bemittelten ermöglicht, in den Besitz eines Rades zu gelangen. Auskunft erteilt auch direkt die Geschäftsstelle Sidingenstr. 7.

Donnerstag Freitag Sonnabend Vorzugspreise für Kleiderstoffe.

Roben von 6 Mtr. 1.75, 2.10, 3.00.
 Pr. Bettzügen Mtr. 20 Pf. 25 Pf. 30 Pf.
 Pr. federdicke Inletts 35 Pf. 45 Pf. 60 Pf.
 Handtücher Tischtücher Servietten
 $\frac{1}{100}$ Stk. 25 Pf. Stk. 40 Pf. Stk. 25 Pf.
 Gardinen Mtr. 10 Pf. 23 Pf. 27 Pf. 30 Pf. 45 Pf. 65 Pf.
 Läufer, Mtr. 20 Pf. 32 Pf. 45 Pf. 60 Pf. bis 1.10.
 Portièren Mtr. 14 Pf. 30 Pf. 55 Pf. 85 Pf.
 Bettvorleger Stk. 40 Pf. 65 Pf. 95 Pf. 1.75.
 Steppdecken 2.25, 2.95. Rein Wolle 3.65.
 Bettdecken von 1.25, 1.45, 1.85, 2.00.
 Weiss Damen-Hemden Normal-Hemden Herren-Beinkleider
 1.25, 72 Pf. 65 Pf.
 Ein Posten Regenschirme 1.45.
 Damen-Hüte 28 Pf. 45 Pf. 65 Pf. 1.25.

J. Loewenberg,
 Müllerstraße 163a, Ecke Burgsdorferstraße.

Möbel-Kaufhaus

Die Möbelfabrik Neue Schönhauserstrasse 2, zwischen Ränigstrasse und Rosenthalerstrasse (früher Rosenthalerstrasse 13) verkauft in den neuerbauten Fabriksälen übergedeckte und Seitenhänge, erste und zweite Etage, Möbel zu jedem annehmbaren Preise. Auch für weniger Bemittelte halte ich stets Lager von einfachen Einrichtungen schon von 150-300 M. Eventuell gebe ich an sichere Leute Ausstattungen gegen Anzahlungen unter folgenden Bedingungen, Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben. Genesener, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Kuchentisch oder Mahagoni Kleiderständer u. Vertikowid 36 Mtr. Korridorständer 20, Mischel-Kleiderständer 32, Bettstellen mit Matratze und Kissen 21, französische Ruhebettstelle mit Sprungfeder-Matratze und Kissen 48 Mtr., Kommoden 16, Spiegel 9, Säulen-Trümmen 48, Divan mit Stuhl aus 30, Garnituren, Bancalappas, Salonstühle, Ankleiderstühle mit Spiegelstühlen, Aufbetten, Verens-schreibtische, Teppiche, Garderobenschränke, Bücherstühle etc., sowie alle Arten Küchenmöbel. Brautleute erhalten Hochzeitsgeschenke. Beschäftigung meiner ausgedehnten Verkaufsräume. Hilfeleistungen ohne Ausnahme jederzeit gestattet und erbeten. Geliebte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne sauber transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb. 62854

Anzüge und Paletots nach Maß von 28 M. an, fertig von 12 M. an, v. Halb-damen, modernen Stoffen, eleg. Ausführung liefert **J. Tomporowski,** Schneidernstr. Stralauerstr. 56, Laden. Bei feiner Anzüge, Theilzahl. gestattet.

Die Eröffnung der Hochzeitscherei-Verkaufsstelle

Lindowerstraße, Nr. 15, 16 u. 17, Stadtbahnhöfen
 Zwischen Nettelbeck-Platz **H. Förster & Cie.** Zwischen Nettelbeck-Platz
 und Müllerstraße und Müllerstraße
 findet heute Nachmittag 5 Uhr statt.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **S., Kottbuser Damm Nr. 8,** eine Cigarren-, Cigaretten- u. Tabak-Niederlage übernommen habe. Spezialität: Prima 5 und 6 Pfennig-Cigaretten. Halte mich bestens empfohlen.
F. Gutschmidt.

Möbel auf Theilzahlung
 und Wohnungs-Einrichtungen
 bei bescheidener Anzahlung
 und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen
 Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht.
 Stets enormes Lager v. einfachst. b. feinst. Genre.
Central-Möbel-Halle 62939
 Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen in M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
 Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sines zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Steppdecken
 kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik **B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,** wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 61824
Dr. Simmel Horitzplatz, 1. Hans u. Aschinger 2 Treppen rechts
 Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
 Frad's u. Gesellschaftsanzüge, für jede Figur passend, verleiht 14028 Baruch, Kommandantenstr. 72, L.